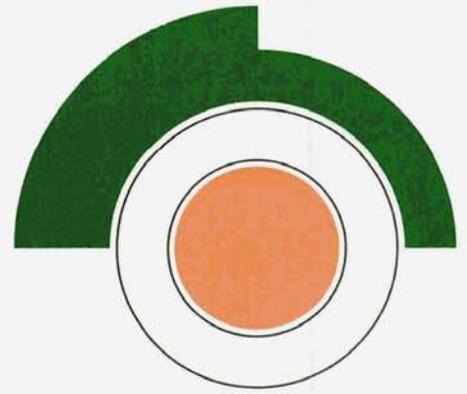


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 14



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 25. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 6. 9. 1994

WORT UND WIDERWORT

Sollen Bund und Länder künftig Autobahnen mieten?

In einem Land wie Nordrhein-Westfalen, mit einem hochverdichteten Straßennetz, würde die Privatfinanzierung einer Bundesfernstraße, verbunden mit der Erhebung von Mautgebühren in einzelnen Abschnitten dazu führen, daß die Fahrer von Personen- und Lastkraftwagen solche Streckenabschnitte meiden würden, weil ausreichende kostenlose Alternativen im übrigen Straßennetz zur Verfügung stünden. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Manfred Hemmer**. Der CDU-Abgeordnete **Heinz Hardt** meint dazu, die Landesregierung sei in einem Antrag von CDU und F.D.P. aufgefordert worden, verschiedene Formen der Privatfinanzierung von Straßenmaßnahmen aufzuzeigen. In Rheinland-Pfalz würden bereits zwei Landesstraßenprojekte privat vorfinanziert. Auch hier sei im Haushalt kein Geld für diese Projekte vorhanden. Der Bedarf aber sei unbestritten und eine andere Form der zeitnahen Realisierung nicht möglich. Die F.D.P.-Abgeordnete **Marianne Thomann-Stahl** betont, privatwirtschaftliches Engagement im Infrastrukturbereich entlaste die öffentliche Hand von einer sonst notwendigen Verschuldung, die sich angesichts der aktuellen Haushaltslage verbiete. Im übrigen könnten die Modelle privater Vorfinanzierung öffentlicher Infrastruktur auf vielen Gebieten eingesetzt werden: beim Bau von Kläranlagen genauso wie beim Bau von Schulen. Die GRÜNE-Abgeordnete **Gisela Nacken** stellt fest, Überlastungen und Staus auf den Autobahnen seien nicht durch Straßenbau, sondern nur durch eine Trendwende beim Personen- und Güterverkehr zu vermeiden. Die private Vorfinanzierung von Straßen löse kein Verkehrsproblem und sei kein Beitrag zur Sanierung der öffentlichen Finanzen. Wie der große Ruhrgebietstunnel werde sich die private Straßenbaufinanzierung als Eintagsfliege erweisen. (Seite 2)

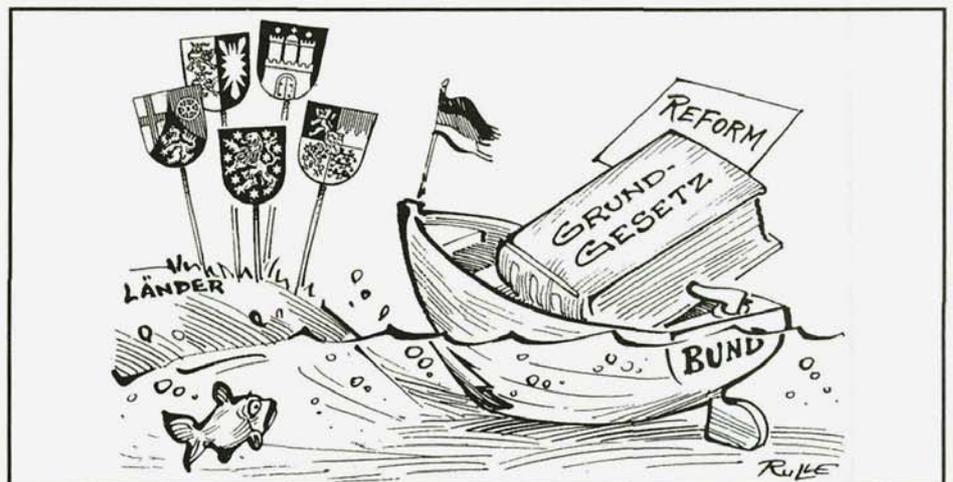
Themenbogen reicht von Garzweiler II bis Ozon Landtag berät Haushalt 1995

Der Landtag beginnt am Mittwoch, 7. September, in erster Lesung mit der Beratung des Haushaltsgesetzes sowie des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1995.

Zu Beginn des dreitägigen Plenums will sich das Parlament u. a. ferner mit dem Nachtragshaushaltsgesetz 1994, der Beschäftigung von Schwerbehinderten, Garzweiler II, Kindertageseinrichtungen, Dioxinminimierung, Änderung des Schulfinanzgesetzes, dem Schulorganisationsgesetz, der Streichung von Sperrzeiten für Wirtschaften, dem elften Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz, dem Ordnungsbehördengesetz und einer Einführung des kommunalen Volksentscheids befassen. Am Donnerstag, 8. September, stehen die Modernisierung der Verwaltung, Wohnungspolitik, Neuorganisation der Forstverwaltung, das Personalvertretungsgesetz, Ausbau der Wasserkraft, nachwachsende Rohstoffe, Frauenförderung, Verbraucherschutz und eine Novelle des Rundfunkgesetzes auf der Tagesordnung.

Wie am Donnerstag beginnt auch am Freitag, 9. September, jeweils um 10 Uhr, die Be-

ratung mit einer Aktuellen Stunde. Es folgen Debatten über den Nachtrag 1994 in dritter Lesung, Ozonminderung, administrative Preistreibeerei, die Lehrerarbeitszeit, den Kollegsulversuch und Analphabetismus.



Auf Grund gesetzt

Zeichnung: Rulle (Münstersche Zeitung)

Die Woche im Landtag

Haushalt 1995

Finanzminister Heinz Schleißer und Justizminister Dr. Rolf Krumsiek für den Innenminister haben die Entwürfe des Haushalts — sowie des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1995 eingebracht. (Seite 3)

Kriminalität

Der Innenausschuß hat bei einem Hearing Experten zum Thema „Konzeption zur Bekämpfung der Massenkriminalität“ angehört. (Seite 5)

Ständehaus

Drei Investoren haben Interesse am Ständehaus. Die Fraktionen aber sind überwiegend für eine öffentliche Nutzung. (Seite 6)

Wasserstraßen

Der Verkehrsausschuß bereiste westdeutsche Kanäle, um sich über den Ausbau zu informieren. (Seite 11)

Untersuchung

Unternehmensberater aus Hamburg sind beauftragt, eine Untersuchung von Organisation und Struktur der Landtagsverwaltung durchzuführen. (Seite 16)

Landeslisten

Für die Bundestagswahl am 16. Oktober dieses Jahres sind in Nordrhein-Westfalen insgesamt 17 Landeslisten zugelassen worden. (Seite 17)

WORT UND WIDERWORT

Stau auf Autobahn nur durch Trendwende zu vermeiden

Von
Manfred Hemmer

Grundsätzlich sind Vorschläge bedenkenswert, die einerseits die Verkehrsinfrastruktur unseres Landes sichern helfen und andererseits die Belastungen für die öffentlichen Haushalte vermindern. Gerade letzteres darf aber bei allen Alternativen zum Straßenbau durch die öffentlichen Hände, die in jüngerer Zeit ins Gespräch gebracht wurden, bezweifelt werden.

Das sogenannte „Konzessionsmodell“ soll zunächst bei zwölf Verkehrsprojekten in der Bundesrepublik, darunter in Nordrhein-Westfalen bei der Rheinquerung der A 44 bei I liverich, als Pilotvorhaben erprobt werden. Die Aussage, daß es sich bei dieser Art der Privatfinanzierung lediglich um eine Vorfinanzierung handelt, die im Endeffekt für die öffentlichen Hände teurer wird als die klassische Art der Straßenbaufinanzierung im Bundeshaushalt, ist bisher nicht widerlegt worden.

Eine andere, neue Form der Finanzierung soll mit dem Gesetz über den Bau und die Finanzierung von Bundesfernstraßen durch Private eröffnet werden. Auch die hier vorgesehene Übertragung der Ausführung von Bau, Erhaltung, Betrieb und Fi-

Von
Heinrich Dreyer

Alle Prognosen über die Entwicklung des Straßenverkehrs gehen von teilweise drastischen Steigerungen bis zum Jahr 2010 aus. Demgegenüber stehen rückläufige Mittel im Straßenbau. Bereits heute gibt es aber schon erhebliche Schwierigkeiten, notwendige Erweiterungen und Ortsumgehungen im Streckennetz zeitgerecht auszubauen. Der notwendige Ausbau des vorhandenen Straßennetzes ist in Nordrhein-Westfalen im letzten Jahrzehnt von der SPD-Landesregierung sträflich vernachlässigt worden.

Die Landesregierung hat Pilotprojekte für die Privatfinanzierung von Bundesfernstraßen beschlossen, um, zeitlich vorgezogen, dringliche Baumaßnahmen realisieren zu können. In Nordrhein-Westfalen ist dies die Rheinquerung A 44 bei I liverich. Die CDU Nordrhein-Westfalen hält es für notwendig, daß die Landesregierung wei-

Von
Marianne Thomann-Stahl

Alle uns vorliegenden langfristigen Prognosen über die globale und strukturelle Entwicklung des Verkehrs in und durch Deutschland gehen von einer erheblichen Zunahme des Verkehrs sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene, auf dem Wasser und in der Luft aus. Dabei ist man sich weitgehend einig, daß – auch bei umfangreicher Umlenkung des Verkehrs von der Straße auf Schiene und Wasser – Straßen das Rückgrat des Verkehrs bleiben. Eine gute Straßeninfrastruktur ist und bleibt unverzichtbar für eine funktionierende Wirtschaft.

Nun gehört Infrastruktur und damit auch Verkehrsinfrastruktur zur sog. öffentlichen Daseinsfürsorge. Man muß aber sehen, daß mit den normalen Haushaltsfinanzierungsmöglichkeiten eine vernünftige, leistungsfähige Straßeninfrastruktur – aber nicht nur die – nicht mehr zu finanzieren ist. Wir brauchen andere Finanzierungswege. Hier bietet sich für den Bau von Autobahnen und teuren Straßenbaumaßnahmen, Brücken und Tunneln das sog. Konzessionsmodell an. Wie in anderen eu-

Von
Gisela Nacken

Das Land Nordrhein-Westfalen und die alten Bundesländer verfügen über ein hervorragend ausgebautes Straßennetz. Überlastungen und Staus auf den Autobahnen sind nicht durch Straßenneubau, sondern nur durch eine Trendwende beim Personen- und Güterverkehr zu vermeiden.

Mit der Privatfinanzierung von Bundesfernstraßen und Landstraßen soll der Straßenneubau gegen alle umwelt- und finanzpolitische Vernunft forciert werden. Unter dem Vorwand „Zeit einkaufen“ sollen zwölf Projekte des Bundesverkehrswegeplanes – davon eines in NRW – privat vorfinanziert werden. In Rheinland-Pfalz versucht Ministerpräsident Scharping sogar für über 30 Straßenbauprojekte eine Privatfinanzierung zu erreichen.

Alle Modelle der privaten Vorfinanzierung, bei der die öffentliche Hand die Straßen nach Fertigstellung von den privaten Investoren „mietet“, haben einen großen Schönheitsfehler: sie sind für die Steuerzahlerinnen und Steuer-

SPD: Finanzielle Entlastung darf bezweifelt werden

finanzierung von Bundesfernstraßen auf Private, verbunden mit dem Recht auf die Erhebung von Mautgebühren, ist nicht unstrittig. Nicht zuletzt die erheblichen regionalen Ungerechtigkeiten zwischen verkehrsinfrastrukturell gut ausgestatteten und anderen, benachteiligten Regionen führen dazu, daß das Gesetz keine einhellige Zustimmung erfährt. In einem Land wie NRW, mit einem hochverdichteten Straßennetz, würde die Privatfinanzierung einer Bundesfernstraße, verbunden mit der Erhebung von Mautgebühren in einzelnen Abschnitten, dazu führen, daß die Fahrer von PKW und LKW solche Streckenabschnitte meiden würden, weil ausreichende kostenlose Alternativen im übrigen Straßennetz zur Verfügung stehen.

Das jetzt ins Gespräch gebrachte „mieten“ von Autobahnen durch Bund und Länder kann zum heutigen Zeitpunkt allein deshalb nicht abschließend beurteilt werden, weil es an Einzelheiten und genaueren Angaben über dieses Modell fehlt. Festzustellen ist lediglich, daß das bei den ursprünglichen Überlegungen zur Privatfinanzierung von Bundesfernstraßen neben dem sogenannten Konzessionsmodell angeordnete „Leasing-Modell“ seit längerem von keiner Seite mehr verfolgt wird.

CDU: Zeitlich vorgezogene Straßenbauvorhaben für NRW

tere Projekte prüft. Denkbar ist hierbei die A 40 in Dortmund, die südliche Tangente Dortmund der A 44 von der A 45 bis zur A 1, die Nord-Süd-Verbindung der A 52 von der A 42 bis zur A 40 sowie weitere Projekte aus dem Landesstraßenbedarfsplan, die bisher nur zur Planungsreserve gehören.

Für die private Finanzierung von Straßenbauvorhaben gibt es verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten. Die Landesregierung ist in einem Antrag der CDU- und F.D.P.-Fraktion aufgefordert worden, verschiedene Formen der Privatfinanzierung von Straßenmaßnahmen zu untersuchen und aufzuzeigen.

In Rheinland-Pfalz werden bereits zwei Landesstraßenprojekte privat vorfinanziert. Auch hier ist im Haushalt des Landes kein Geld für diese Projekte vorhanden. Der Bedarf ist aber unbestritten, und eine andere Form der zeitnahen Realisierung wäre nicht möglich gewesen.

F.D.P.: Straßen bleiben Rückgrat des Verkehrs

ropäischen Staaten könnten auch in Deutschland neue Autobahnen privatwirtschaftlich gebaut und betrieben werden. So würden – unabhängig von der Haushaltslage des Bundes und der Länder – dringend erforderliche und von den Bürgern und der Wirtschaft gewünschte Verkehrsverbindungen nennenswert früher erstellt und wirtschaftlich genutzt werden.

Ab Betriebsbeginn privat finanzierter Verkehrswege zahlt die öffentliche Hand jährliche Mietraten für einen festgesetzten Zeitraum. Durch die Verknüpfung der Mietzahlungen mit dem Betriebsbeginn ergibt sich ein wirtschaftlicher Anreiz für den Konzessionsnehmer zur verzögerungsfreien Baudurchführung. Privatwirtschaftliches Engagement im Infrastrukturbereich entlastet die öffentliche Hand von einer sonst notwendigen erhöhten öffentlichen Verschuldung, die sich angesichts der aktuellen Haushaltslage verbietet. Im übrigen können die Modelle privater Vorfinanzierung öffentlicher Infrastruktur auf vielen Gebieten und allen öffentlichen Ebenen eingesetzt werden: beim Bau von Kanalsystemen und Kläranlagen genauso wie beim Bau von Schulen und Universitäten.

GRÜNE: Privatfinanzierte Straßen unverantwortlich

zahler mindestens 30 Prozent teurer als der herkömmliche staatliche Straßenbau. Und sie sind haushaltsrechtlich bedenklich.

Der bekannte Rechtsprofessor Püttner aus Berlin stellte in einem Gutachten im Auftrag der Umweltverbände fest, daß die aus einer Privatfinanzierung folgenden „Schattenhaushalte“ gegen Haushaltsgrundsätze des Bundes verstoßen. Die „privat vorfinanzierte Bundesfinanzierung“ ist nur rechtmäßig, wenn der Bund entsprechende Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushalt anbringt. Dann allerdings würde auch deutlich, daß private Vorfinanzierung zu Lasten künftiger Verkehrshaushalte geht. Die private Vorfinanzierung von Straßen löst kein Verkehrsproblem und ist kein Beitrag zur Sanierung der öffentlichen Finanzen – im Gegenteil. Genauso wie der große Ruhrgebietstunnel, der monatelang die Zeitungsseiten füllte und jetzt sang- und klanglos von der Bildfläche verschwunden ist, wird sich die private Straßenbaufinanzierung als Eintagsfliege erweisen.

Entwurf 95: Die niedrigste Ausgabensteigerungsrate in der Landesgeschichte

„Es wird nicht mehr versprochen, als gehalten werden kann“ Kommunen bekommen fast jede vierte Mark des Landeshaushalts

Einen Modernisierungspakt aller gesellschaftlichen Kräfte hat Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) bei der „Erneuerung des Landes aus eigener Kraft“ gefordert. Bei der Einbringung des Landeshaushalts 1995 (Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 11/7500) — zugleich mit der Vorstellung des Gemeindefinanzierungsgesetzes (Drs. 11/7502) — am 1. September beklagte der Minister den hohen Schuldenstand des Gesamtstaats, der in diesem Jahr noch die Grenze von zwei Billionen Mark überschreite, und stellte die Haushaltsdisziplin des Landes Nordrhein-Westfalen heraus, das trotz unabwiesbarer Mehrausgaben und steigender Belastung durch den neuen Länderfinanzausgleich und den Fonds Deutsche Einheit weiterhin bei der Kreditaufnahme je Einwohner auf einem Mittelplatz liege, die höchste Steuerfinanzierungsquote aller Länder aufweise, die geringste Pro-Kopf-Ausgaben vermeldete und nach wie vor die geringsten Personalausgaben zu verzeichnen habe.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) wertete bei seiner Einbringung die Ausgabensteigerung von nur einem Prozent als Ausdruck der Verantwortung der Landesregierung gegenüber dem Gesamtstaat mit seinen finanzwirtschaftlichen Problemen und der Entschlossenheit, mit den ihr anvertrauten Finanzmitteln verantwortungsbewußt und sparsam umzugehen: „Ein Prozent Zunahme, das ist die niedrigste Ausgabensteigerungsrate in der Geschichte unseres Landes.“ Wie für alle westlichen Länder sei für NRW 1995 finanzpolitisch das schwierigste Jahr seiner Geschichte; neben der Rezession verdoppelten sich beinahe die Leistungen des Landes für den Fonds Deutsche Einheit und für den Länderfinanzausgleich von 2,7 auf 5,3 Milliarden Mark; damit werde NRW der größte Zahler unter den Ländern. Weil zugleich die Neuverschuldung zurückgefahren werden solle, müsse bei zwangsläufigen Mehrausgaben deutlich gespart werden. Schleußer weiter: „Die Landesregierung bleibt mit dem Haushalt 1995 bei ihrer Linie, den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes nicht mehr zu versprechen, als bei einer realistischen Einschätzung der Finanzen gehalten werden kann.“ Aber dennoch bleibe man bei den Prioritäten, die durchfinanziert seien. So gebe es zum Beispiel in den Bereichen Wirtschaft, Mittelstand und Technologie überproportionale Zuwachsraten.

Kritik übte der Landesfinanzminister an der Politik des Bundes: Trotz gegenteiliger Versprechungen werden im nächsten Jahr die Bürger mit 100 Milliarden Mark Steuern und Abgaben stärker belastet sein als noch 1990. Der Schuldenstand des Gesamtstaates werde noch in diesem Jahr die Marke von zwei Billionen überschreiten.

„Sparen mit Augenmaß bedeutet nicht Sparen um jeden Preis“, leitete der Minister auf die Schwerpunkte der Landespolitik über, wo er unverminderte oder wachsende Anstrengungen in den Bereichen Kinderbetreuung, Wohnungsbau, Altenpolitik und innere Sicherheit nannte. Zudem werde die Erneuerung des Landes aus eigener Kraft vor-



Umrissen die Position des Landes in der Finanz- und Gemeindefinanzpolitik: v.l. Finanzminister Heinz Schleußer und Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (beide SPD). Krumsiek war für den verhinderten Innenminister eingesprungen. Fotos: Schälte

angetrieben; die verantwortungsbewußte Politik der Landesregierung werde in den nächsten Jahren dafür sorgen, daß der notwendige Rahmen für die wirklich wichtigen Aufgaben im Lande bereitgestellt werde. Sie hätten die Fortsetzung des Strukturwandels zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und die Modernisierung des Staates zum Inhalt. Für den Strukturwandel seien die Grundlagen heute besser denn je; NRW habe gute Chancen, sich europaweit bei den sogenannten Megatrends Informations-, Bio- und Ökotechnologien zu behaupten und an der Spitze zu stehen. Aber der Staat allein könne den „Karren nicht flottmachen“. Darum sei man dankbar für die Unterstützung, die Arbeitgeber und Gewerkschaften dabei böten. Mit einem Modernisierungspakt aller gesellschaftlichen Kräfte werde man es schaffen, zeigte sich der Minister überzeugt.

Der Strukturwandel müsse von der Wirtschaft gestaltet werden. Die Landesregierung helfe mit Förderprogrammen und modernisierten Rahmenbedingungen. Aufgaben und Verantwortung sollten zusammengeführt und dadurch schneller entschieden werden. Wo es ohne Qualitätseinbußen sei, sollten Aufgaben verstärkt privat erledigt werden. Bagatellförderung sei abgeschafft worden, Förderungen würden pauschaliert. Personalausgaben dürften mittelfristig nicht mehr als 40 Prozent der gesamten Landesausgaben aufzehren. Auf der Einnahmenseite sei durch Steuerausfälle die Finanzplanung bis 1997 um 9 Milliarden Mark zurückgenommen worden. Alle steuerstarken Altbundesländer meldeten Einbrüche. Die Neuverschuldung werde weiter abgebaut. Die Kreditfinanzierungsquote solle bis 1998 halbiert werden. Als erstes Bundesland habe NRW das „Standard-Controlling“ zu einer Daueraufgabe gemacht, um die Reglungsdichte nicht wieder anwachsen zu lassen. Es werde keine Gesetze auf Landesebene mit Mehrausgaben geben. Alle Einsparungen aus der Pflegeversicherung würden bei den Kommunen bleiben. Was vom

Bund für die Bahnstrukturreform komme, werde ungeschmälert den Kommunen gegeben. Die Lastenverschiebung auf die Kommunen durch Befristung der Arbeitslosenhilfe werde keinen Bestand haben. Wer Steuern senken wolle, vergrößere zunächst die Haushaltsdefizite. Auf Pump finanzierte Steuerentlastung führe zum Ende jeder Politikgestaltung. Die Unternehmensbesteuerung müsse umgestaltet werden mit Vorrang für Investitionen und Arbeitsplätze. Das beste Mittel, um Steuermissbrauch vorzubeugen, sei ein durchschaubares und durchsetzbares Steuersystem. Die Finanzverfassung solle sich am Veranlasserprinzip orientieren. NRW sei für die Erneuerung in finanzpolitischer Verantwortung und politischer Gestaltungskraft gut gerüstet.

Gemeindefinanzierung

Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) erklärte für den verhinderten Innenminister, wie in den vergangenen Jahren sei der Regierungsentwurf als Artikelgesetz konzipiert. Artikel I enthalte das eigentliche Gemeindefinanzierungsgesetz, Artikel II das Solidarbeitragsgesetz. Die Gesamtzusweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Landeshaushalt 1995 betrügen mehr als 20 Milliarden Mark. Damit stehe wiederum nahezu jede vierte Mark des Landeshaushalts den Kommunen zur Verfügung. Auf diese Hilfe seien die Gemeinden dringend angewiesen, denn sie befänden sich in der schwierigsten Situation der Nachkriegszeit. Sinkende Steuereinnahmen auf der einen Seite und explodierende Sozialausgaben auf der anderen Seite hätten die kommunalen Haushalte in eine besorgniserregende Lage gebracht. „Die tiefste Wirtschaftsrezession der Nachkriegszeit hinterläßt ihre Spuren“, sagte der Minister. Die Gewerbesteuerereinnahmen der Kommunen seien weggebrochen. Im vergangenen Jahr hätten

Fortsetzung Seite 4

die Städte und Gemeinden einen Rückgang um minus 10 Prozent verbuchen müssen. Die Entwicklung 1994 lasse erwarten, daß die Talfahrt noch nicht zu Ende sei. Gleichzeitig seien die sozialen Leistungen um 11,6 Prozent gestiegen, das seien 1,6 Milliarden Mark. Immer mehr Langzeitarbeitslose benötigten Sozialhilfe. Die Kommunen würden zur Reservekasse des Bundes. Per saldo sei 1993 ein Finanzierungsdefizit von 4,2 Milliarden Mark in den kommunalen Kassen geblieben. Krumsiek bekräftigte indessen, das Land werde die Kommunen bei ihren eigenen Konsolidierungsanstrengungen auch weiterhin tatkräftig unterstützen. Er appellierte an die Kolleginnen und Kollegen von F.D.P. und CDU, ihre Stimme in Bonn für die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden zu erheben. Der Minister fuhr fort, die Kontinuität des Finanzausgleichs sei stets eine verlässliche Basis für die kommunale Finanzplanung gewesen. Seit 1986 könne die Verbundquote auf dem im Quervergleich der Bundesländer spitzennäheren Niveau von 23 Prozent gehalten werden. Krumsiek verwies darauf, ein Blick in die amtlichen Bundesstatistiken belege: Der nordrhein-westfälische Landshaushalt weise die niedrigsten Landesausgaben je Einwohner aus. Aber bei den Ausgaben für die Kommunen stehe NRW an vorderer Stelle. Im Ländervergleich nehme das Land bei den Leistungen für die Kommunen den dritten Platz ein. Seit 1990 seien die Schlüsselzuweisungen, die das Land den Kommunen ohne jede Zweckbindung zur Verfügung stelle, um zusammen 30 Prozent gestiegen. „Auch 1995 sollen die Schlüsselzuweisungen wiederum ansteigen“, versicherte der Minister. Parallel zum Landshaushalt sehe

der Regierungsentwurf eine Steigerung um ein Prozent auf 10,4 Milliarden Mark vor. Allerdings sei die Steuerverbundmasse insgesamt geringer geworden. Es sei daher nicht möglich gewesen, auch die Zweckzuweisungen zu erhöhen. „Diese mußten um insgesamt 353,9 Millionen Mark gekürzt werden. Der Entwurf sieht deshalb eine lineare Kürzung aller projektbezogenen Zweckzuweisungen von 15 Prozent vor“, teilte Krumsiek mit. Er machte deutlich, der kommunale Finanzausgleich beziehe seine Schlagkraft insbesondere aus seiner Aktualität. Der Minister dankte dann Städten und Gemeinden für ihr Engagement beim Aufbau der Verwaltungen in den neuen Bundesländern. Unabhängig davon seien die Finanzbeziehungen aller Bundesländer neu geordnet worden. Deshalb enthalte das Gemeindefinanzierungsgesetz 1995 keine besonderen Zuweisungen mehr zu Hilfsmaßnahmen in den neuen Ländern. Mit dem Solidarbeitragsgesetz folge das Land der seit 1992 bewährten Verteilung der einigungsbedingten Lasten. Land und Kommunen leisteten entsprechend ihrer Finanzkraft in einem Verhältnis von 56 zu 44 Prozent einen erheblichen Beitrag zur Vollendung der Deutschen Einheit.

KölnMesse mit Rekord

Das Geschäftsjahr 1993 brachte für die KölnMesse mit 29 internationalen Messen einen Rekordumsatz von 335,1 Millionen Mark. Sie will bis Ende 1996 über 275 000 qm Hallenfläche verfügen. Vorsitzender des Aufsichtsrats der KölnMesse ist der SPD-Landtagsabgeordnete und Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger.

Wettbewerb um Gas

Zu Beginn der von Loke Mernizka (SPD) geleiteten Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 17. August antwortete Minister Günther Einert (SPD) in der von Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) beantragten Aktuellen Viertelstunde über die Gasversorgung in den Städten Soest und Lippstadt, bei dem neuen Wettbewerber Wings, den Zusammenschluß einer BASF-Tochter und der russischen Gastrop, gehe es nicht nur um die Liefergenehmigung im Rahmen der Energieaufsicht, sondern auch um die Genehmigung zum Bau einer Leitung.

In einer längeren Aussprache über die neue Haushaltsstelle „Zuschüsse für Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ mit einem Volumen von 60 Millionen Mark einschließlich Verpflichtungsermächtigungen verlangten Dr. Manfred Busch (GRÜNE) und Hagen Tschoeltsch (F.D.P.), die Verwendung nur für die Stahlindustrie auch auszuweisen. Bodo Hombach (SPD) befürwortete dagegen eine offene Zweckbestimmung, um bei nicht ausgeschöpften Mitteln auch andere Problembereiche fördern zu können. Laurenz Meyer (CDU) stimmte dem zu und trat für Gleichbehandlung aller Unternehmen ein. Minister Einert erklärte, der Subventionswettbewerb der Stahlunternehmen in der Europäischen Union dauere leider an. Weil Krupp-Hoesch und Thyssen Innovationen mit positiven Impulsen auf mittelständische metallverarbeitende Betriebe vorangetrieben hätten, würden neue Stahl-Werkstoffe oder -Produktionsvorgänge gefördert.



Der neue Präsident des Verfassungsgerichtshofs und des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen, Dr. Michael Bertrams (l.), hat am vergangenen Donnerstag gemäß Artikel 80 der Landesverfassung vor dem Landtag seinen Amtseid geleistet. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (r.) nahm dem bisherigen Richter am Bundesverwaltungsgericht den Eid ab. Vor dem Hohen Haus erklärte Bertrams, im Mittelpunkt des Amtes, das ihm der Ministerpräsident übertragen habe, stehe die Verfassung des Landes NRW. Dieses ranghöchste Recht des Landes zu sichern, sei die Aufgabe des Verfassungsgerichtshofs in Münster. Viele Bürger wüßten um die Existenz dieses Gerichtshofs, aber nur wenige kennen die Verfassung, deren Hüter er sei. Es sei eine aus den Erfahrungen mit der Nazi-Barbarei entstandene demokratische Verfassung. Sie sei ein Attribut nordrhein-westfälischer Eigenstaatlichkeit. Diese Eigenstaatlichkeit sei allerdings durch Kompetenzverlagerungen auf den Bund sowie auf europäische Entscheidungsebenen zusehends gefährdet. Aus seiner Sicht stellte der Präsident ferner fest, daß der Verfassungsgerichtshof in dem Maße an Bedeutung gewinne, in dem die parlamentarisch-politische Auseinandersetzung innerhalb des Landes an Härte zunehme. Bertrams erwähnte dann den in letzter Zeit wiederholt laut gewordenen Wunsch, den Zuständigkeitskatalog des Verfassungsgerichtshofs um eine jedem Bürger mögliche Individualverfassungsbeschwerde zu erweitern, wie sie z. B. in Bayern, Hessen und dem Saarland eingeführt sei. Angesichts der in weiten Teilen völlig überlasteten Justiz zögere er jedoch, eine solche Zuständigkeitserweiterung zu befürworten, stellte der Präsident fest. Sie könne als Aufforderung zu noch größerer Prozeßfreundlichkeit gewertet werden.

VOX-Beteiligung

Auf die Dringliche Anfrage des F.D.P.-Fraktionsvorsitzenden Dr. Achim Rohde, ob es zuträfe, daß andere, deutsche Unternehmen bereit gewesen seien, sich finanziell, programmlich und journalistisch beim Fernsehsender VOX zu beteiligen, antwortete Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), daß der Münchner Burda-Verlag an einer Beteiligung interessiert sei. Der „Prozeß der Revitalisierung“ sei aber allein Aufgabe der beteiligten Unternehmen. Fragen diesbezüglich müßten an die Unternehmen UFA und News International gestellt werden, denn es handle sich hier um Marktprozesse, bei denen für staatliche Interventionen kein Platz sei.

Etikettenschwindel

Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) hat auf die Dringliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Eckhard Uhlenberg, wie das Ministerium zu den vorgelegten Zahlen beim Etikettenschwindel bei Obst und Gemüse komme, die von vielen Kreisbehörden als falsch zurückgewiesen worden seien, erklärt, daß landesweit eine Beanstandungsquote von 24 Prozent vorgelegen habe. Versehentlich seien in einer Pressemitteilung auch einige wenige Kreise aufgenommen worden, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht genügend Kontrollen durchgeführt hätten. Der Minister bedauerte dies und sagte, er wolle die Kontrollen zur Vermeidung der Verbrauchertäuschung intensivieren.

Innenausschuß hört Expertenvorschläge zur Bekämpfung der Kriminalität

Einzelhandelsverband beklagt hohe Dunkelziffer bei Ladendiebstählen

Die Konzeption zur Bekämpfung der Massenkriminalität stand am 25. August auf der Tagesordnung bei der Anhörung des Ausschusses für Innere Verwaltung unter dem Vorsitz von Egbert Reinhard (SPD). Auf Antrag der CDU-Fraktion äußerten sich die Sachverständigen zu einem vorab erstellten Fragenkatalog des Ausschusses. Es folgen Auszüge aus den Vorträgen der Wissenschaftler und Sachverständigen.

Professor Pfeiffer, Direktor des kriminologischen Forschungsinstituts des Landes Niedersachsen, griff in seiner Rede den extremen Zuwachs der Armut bei jungen Menschen auf, die — ebenso wie abgelehnte Asylbewerber — wenig Zukunftsperspektiven hätten. Zwar habe der „Import der Armut“ durch das modifizierte Asylgesetz abgenommen, die Armut bei den Deutschen steige hingegen weiter an. Drogenabhängigkeit, Obdachlosigkeit und soziale Entwurzelung sind seiner Meinung nach die Hauptauslöser für Kriminalität. Ein eindeutiger Handlungsbedarf sei auch in den Familien gegeben. Sie seien oft die „wahre Gewaltszene“.

Wesentlich weniger dramatisch als häufig dargestellt entwickle sich die Massenkriminalität, meinte Professor Dr. Thomas Feltes, Rektor der Fachhochschule der Polizei des Landes Baden-Württemberg. Generell werde die Kriminalitätsfurcht der Bevölkerung überbewertet. Zwischen Polizeistärke und Deliktaufklärung gebe es keinen empirisch erwiesenen Zusammenhang. Die Ausrüstung und Ausbildung bei der Polizei hätten nur bedingt Einfluß auf die Aufklärung. Als geeignete Präventivmaßnahme sah Feltes die intensivere Kooperation zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft sowie ein aktives Zusammenwirken durch bürgernahe Polizeiarbeit im Gemeinwesen. Kriminalität könne nicht eliminiert werden, sie müsse aber als gesellschaftliches Phänomen erträglich gestaltet werden.

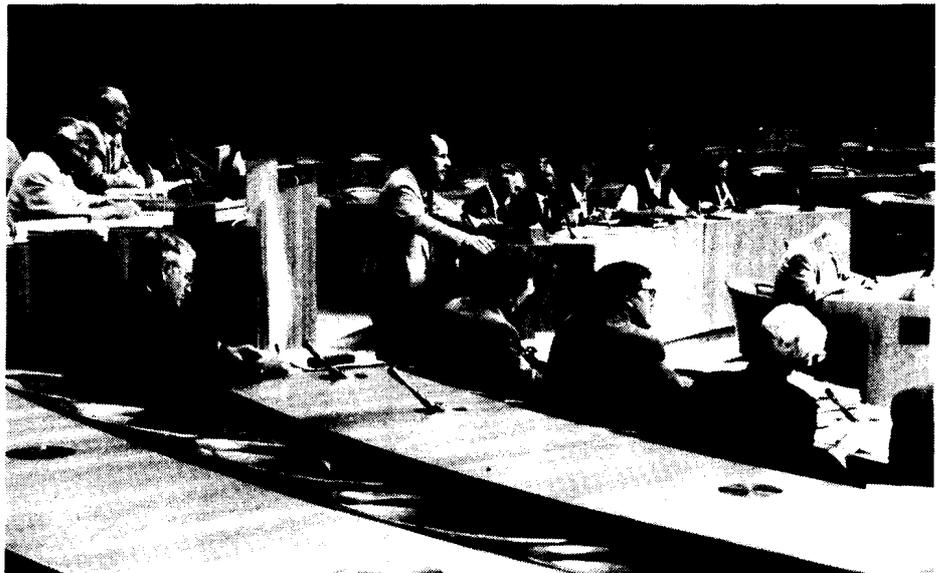
Als Auslöser für die hohe Kriminalitätsrate sah der leitende Kriminaldirektor vom Landeskriminalamt NRW, Friedhelm Meise, ein gewandeltes Verständnis von Werten und Normen, die Ablehnung sozialer Verantwortungsübernahme, ein verändertes Konsumverhalten und ein verstärktes „Ich-Bezogen-Sein“. „Das Auseinanderklaffen von Sicherheitsgefühl und tatsächlicher Sicherheit“ müsse untersucht werden. NRW sei eines der sichersten Länder der zivilisierten Welt, betonte er. Ältere Damen fühlten sich unsicherer als 25jährige Männer, letztere Gruppe werde jedoch wesentlich häufiger Opfer von Verbrechen. In diesen Fällen hielt Meise Zivilcourage für erstrebenswert. Männer, die sich wehren könnten, sollten bei beginnenden Pöbeleien oder Schlägereien hilflosen Ausländern oder attackierten Personen zur Seite stehen. Weiterhin sei die Aufklärung der Bevölkerung durch polizeiliche Aufklärungsprogramme erforderlich. Der Idee, Bürger als freiwillige Helfer der Polizei einzusetzen, stehe er kritisch gegenüber. Die bessere Lösung sei die Stärkung des

Nachbarschaftsgedankens, schloß Meise. Als besonderes Problem der Massenkriminalität bezeichnete Generalstaatsanwalt Rudolf Mosqua die Beschaffungskriminalität. Die Entkriminalisierung von weichen und harten Drogen würde seiner Meinung nach nicht zu einer Minderung der Massenkriminalität führen, da der Abhängige trotzdem hohe Summen für seinen Konsum aufbringen müsse. Den höchsten Anteil der Gesamtverurteilungen bildeten die von der polizeilichen Kriminalstatistik nicht erfaßten Straßenverkehrsdelikte, gefolgt von der Gruppe „Diebstahl und Unterschlagung“. Mosqua erkannte die Ursachen für das Ansteigen der Massen- und Alltagskriminalität in der Veränderung gesellschaftlicher Strukturen, wie etwa Lockerung familiärer und sonstiger sozialer Bindungen, Werteverfall, Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, falsche Vorbilder, Ansteigen der Gruppe der nicht in die Gesellschaft integrierten jungen

Zur Bekämpfung des Ladendiebstahls würden Detektive, Sicherheitsbeamte und -systeme eingesetzt, darüber hinaus Aufklärungsarbeit beim Kunden geleistet.

Für Rechtsanwalt Axel Nagler-Eulering von der StrafverteidigerInnen-Initiative NW liegen die Ursachen der Kriminalitätsfurcht in der „Aufbauschung kriminalitätsbezogener Themen durch die Medien“. Weiter bemerkte er, daß ein „brutaleres“ Strafrecht am Ende auch die Menschen brutalisieren würde. Kriminalität werde oft als eine lohnende Handlungsalternative empfunden. Die Grenzen zwischen organisierter Kriminalität und legaler Wirtschaft seien fließend. Im Drogenbereich sei eine Entkriminalisierung durch medizinisch gesteuerte Versorgung der Abhängigen möglich. Den Ausbau von Polizei und Justiz und deren Effizienzsteigerung hielt Nagler-Eulering für den falschen Weg.

Für den Vertreter des HUK-Verbandes, Schäfer, war kein Rückgang der Kriminalität erkennbar. Ein Drittel der gestohlenen Fahrzeuge werde nicht wieder aufgefunden; die HUK wendete in den letzten Jahren Milliardensummen für gestohlene Autos auf. Seit 1991 unterstütze der Verband seine Mitglie-



Blick in die Anhörung im Plenarsaal: Professor Pfeiffer (am Rednerpult) trägt sein Konzept vor. Ausschußvorsitzender Egbert Reinhard (zweiter von links) leitet die Sitzung. Foto: Schälte

Leute, Medieneinflüsse, der Öffnung der Grenzen zu Süd- und Südosteuropa sowie das Ost-West-Gefälle.

Der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Einzelhandelsverbands, Clemens Schäfer, bemerkte, der Ladendiebstahl sei das in der Massenkriminalität am meisten unterschätzte Delikt. Die geschätzte Dunkelziffer liege hier bei 95 Prozent. Bei dem Anteil der Nichtdeutschen (inklusive Touristen, illegale) habe sich in einem erschreckenden Umfang von 7,5 im Jahre 1972 auf 36,72 Prozent im letzten Jahr entwickelt. 1993 schätzte der Handel knapp drei Millionen Ladendiebstähle in NRW. Der Schaden werde auf 72,5 Millionen Mark beziffert. Auch der Einbruchsdiebstahl dürfe nicht unterschätzt werden, davon seien in erster Linie Juweliere, Unterhaltungselektronik-Fachgeschäfte und Foto-Einzelhändler betroffen.

der aktiv bei der Wiederbeschaffung und Rückführung entwandeter Fahrzeuge aus Osteuropa. Dies erweise sich in Polen als besonders schwierig, da dort an gestohlenen Sachen „gutgläubig Eigentum erworben werden kann“. Polen habe sich daher als Hauptumschlagplatz etabliert. Schäfer plädierte unter anderem für eine gesetzliche Vorschrift zur Ausrüstung neuer Autos mit einer elektronischen Wegfahrsperre und für die Einführung fälschungssicherer Kfz-Kennzeichen. Um die Eigenverantwortung der Kfz-Halter zu erhöhen und dadurch die Auswirkungen des Diebstahlphänomens zu begrenzen, wurde der Wegfall der Neupreisentschädigung bei Totalschäden und die Herabsetzung der Höchstentschädigung auf 90 Prozent eingeführt, falls das Fahrzeug nicht mit einer vom Versicherer anerkannten Diebstahlsperre ausgerüstet war.

Finanzminister: Drei Investoren am alten Landtag interessiert

Fraktionen aber wollen überwiegend historisches Ständehaus für einen öffentlichen Zweck erhalten

Sechs Tagesordnungspunkte hatte der Hauptausschuß des Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) am 25. August abgehandelt, als die Wogen der politischen Aussprache beim letzten Thema hochschlugen: Weitere Verwendung des Ständehauses. Im alten Ständehaus in Düsseldorf war bis 1988 der Nordrhein-Westfälische Landtag untergebracht. Seit dem Umzug des Parlaments in das neue Haus am Rhein gammelt das historische Gebäude in bester Lage der Landeshauptstadt unweit der Flaniermeile Königsallee vor sich hin. Eine Lösung muß kommen, und zwar nach übereinstimmender Auffassung von Politik und Exekutive in naher Zukunft. Vor dem Ausschuß machte Finanzminister Heinz Schluëßer (SPD) noch einmal deutlich, die Herrichtung des Ständehauses als Denkmal werde über 100 Millionen Mark kosten. Er sah diese Summe als „aus der Landeskasse nicht mehr herholbar“ an und sprach sich für Veräußerung aus. Es gebe heute drei ernsthafte Investoren. Bei der Diskussion kristallisierte sich dann heraus, daß bis auf die F.D.P. alle Fraktionen eine „öffentliche“ Lösung bevorzugten, auch um dem noch jungen Bindestrichland Nordrhein-Westfalen ein Stück Identität zu erhalten.

Am Ende der Sitzung zeichneten sich drei Lösungsvarianten ab: Das Ständehaus könnte, ursprünglichen Vorstellungen folgend, Sitz des Ministerpräsidenten werden oder entsprechend dem Vorschlag der Landtagspräsidentin als ein „Haus der Landesgeschichte“ repräsentative öffentliche sowie Ausstellungsfunktionen übernehmen. Die dritte Möglichkeit liefe auf Schluëßers Lösung hinaus, die konkret aller Voraussicht nach ein Hotel, kombiniert mit einem Boardinghouse, beinhalten würde. Der Minister ließ indessen keinen Zweifel daran, und er sah das auch als einen tragbaren Kompromiß zwischen den unterschiedlichen Standpunkten an, daß auf den Investor die Aufgabe zukomme, das Denkmal wieder herzurichten und die Verwendung so herzustellen, daß der ehemalige Plenarsaal für repräsentative Ziele des Landes zur Verfügung stehe. Ausschußvorsitzender Grätz zeigte sich von der Argumentation nicht unbeeindruckt. Für ihn sei es ganz neu, daß es einen Investor gebe, der — abgesehen vom Denkmalschutz innen und außen — bereit sei, dieses Haus auch für Landeszwecke zur Verfügung zu stellen. Grätz, der einräumte, sein Herz würde eher für eine öffentliche Lösung schlagen, meinte dennoch, man müsse die Konditionen eines Investors kennen. Die

aber wollte der Finanzminister ebenso wie Namen noch nicht nennen, aus der eingestanden Besorgnis heraus, daß ihm die Investoren dann weglaufen würden.

Frage der Identität

Der Hauptausschuß einigte sich am Ende darauf, daß die Frist für eine Entscheidung noch verlängert werde. Bis spätestens Ende September sollen die Fraktionen ihre Meinungsbildung abschließen. Parallel dazu soll eine Arbeitsgruppe, gebildet aus Vertretern der Fraktionen, der Landesregierung sowie der Landtagspräsidentin, zu einem abschließenden Konzept kommen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Dr. Michael Vesper, sah es als wichtig an, daß von der Landesregierung bis zum Abschluß des Prozesses keine Fakten geschaffen und bis Anfang Oktober mit den Investoren keine Verträge abgeschlossen würden. Dazu der Finanzminister: „Wenn ich nicht die Wünsche des Parlaments respektieren würde, wären die Verträge längst unterzeichnet.“ Die Anschlußfrage Vespers: „Sie sind also fertig?“ Schluëßer: „Ja.“ Vor der Willensbekundung zu weiterer ein-

vernehmlicher Verfahrensweise hatten sich Abgeordnete und die Vertreter der Landesregierung, außer Schluëßer noch Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD), in ihren Auffassungen konträr gegenübergestellt, besser gesagt, gesessen. Der Vorsitzende begann noch moderat mit dem Fingerzeig, der Aspekt mit der Nutzung für das Land NRW müsse nicht unter den Teppich gekehrt werden. Entsetzt zeigte sich die Fraktionssprecherin der Grünen, Bärbel Höhn, über das Erscheinungsbild des alten Ständehauses. Wie sei es möglich, daß das Haus, das 1988 noch voll funktionsfähig gewesen sei, sich heute in einem solchen Zustand befinde. Der SPD-Abgeordnete und Obmann im Hauptausschuß, Jürgen Büsow, verdeutlichte seine „eigene Auffassung“, wonach das Ständehaus schon der richtige Sitz für den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen wäre. Minister Clement konnte sich mit einer solchen Lösung nicht besonders anfreunden. Er sagte, das wäre dann ein ausschließlich repräsentativer Sitz. Die Staatskanzlei sei dort nicht unterzubringen.

Weniger auf die Praktische als auf die immaterielle Seite des Problems zielte die CDU ab. „Wir müssen uns ja nicht wundern, daß wir als Land NRW keine Identität entwickeln“, kritisierte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Heinz Hardt. Er fragte, ob man sich vorstellen könne, daß Bayern ein solches Haus so bekommen ließe. Er habe den Eindruck, er befinde sich im Kreise geschichtsloser Gesellen. Gottseidank sei das Ganze denkmalgeschützt, sonst käme noch jemand auf den Gedanken, das ganze abzureißen. Nicht ohne Ironie merkte er an, vielleicht mache man die 50-Jahr-Feier des Landtags wieder in den Henkel-Werken, „wo wir mal angefangen haben“.

Der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig äußerte die Hoffnung, daß der Ministerpräsident seine Meinung zum Ständehaus als Amtssitz gegenüber früheren Darstellungen korrigieren möge. Der Direktor beim Landtag, Heinrich A. Große-Sender, wollte alle Vorschläge als „Denkanstöße“ gewichtet sehen. Allein der SPD-Abgeordnete Gerhard Wendzinski hatte neben der stellvertretenden F.D.P.-Fraktionsvorsitzenden Marianne Thomann-Stahl, die 100 Millionen Mark Herrichtungskosten für die öffentliche Hand als nicht tragbar ansah, Gegenargumente. Der latenten Ansicht, mit einem Verkauf würde sozusagen die Geschichte Nordrhein-Westfalens verraten, begegnete er mit dem Hinweis, der alte Landtag habe als ehemaliges



Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Reinhard Grätz (SPD, l.) im Gespräch mit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU, Ruth Hieronymi (r.). In der Mitte Ausschußassistent Hans Lennertz. Foto: Schälte

Ständehaus der preußischen Rheinprovinz eine vorwiegend rheinische Geschichte. Von einer solchen Erklärung aber wollte der CDU-Abgeordnete und Vizepräsident des Landtags, Dr. Hans-Ulrich Klose, nichts wissen. Er betonte, das Ständehaus symbolisiere die Geschichte Nordrhein-Westfalens.

Symbol der Geschichte

„Dieses Haus verkauft man nicht“. Klose sprach ungewöhnlich scharf vom „Verrat an der Geschichte des Landes“. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Union, Ruth Hieronymi, erinnerte daran, die CDU habe sich dafür ausgesprochen, daß das Ständehaus für Zwecke des Landes dauernd gesichert werden müsse. Jürgen Büssow stützte abschließend sein Votum mit einem Ausblick auf die Zukunft. Er vermutete, daß es für das Land und auch die Landeshauptstadt einen Bedeutungszuwachs geben werde, wenn Bonn nicht mehr Bundeshauptstadt sei. Er schloß: „Diese Debatte steht uns erst noch bevor.“

Besserer Zugang für Ausländer zu Medienberufen

Menschen anderer Hautfarbe und anderer Herkunft will das Adolf-Grimme-Institut (Marl) stärker in den Medien vertreten sehen. Mit Hilfe der „Initiative Interkultureller Rundfunk“ möchte das Institut Angehörigen ethnischer Minderheiten besseren Zugang zu Medienberufen ermöglichen. Außerdem geht es darum, ausländische Bürgerinnen und Bürger in den elektronischen Medien häufiger selbst zu Wort kommen zu lassen. Um den Austausch über das Thema zu fördern, sollen Anfang 1995 europäische Journalisten und Politiker zu einer Konferenz zusammenkommen.



Mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse ist der SPD-Abgeordnete Hermann Jansen ausgezeichnet worden. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (r.) überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden in einer Feierstunde. Es sei schon etwas Besonderes, wenn herausragendes Engagement und außergewöhnliche Leistungen, die für das Wohl der Allgemeinheit erbracht worden seien, bei einer Erstauszeichnung mit dem Verdienstkreuz erster Klasse gewürdigt würden, sagte die Präsidentin in ihrer Laudatio. Sie berichtete, Hermann Jansen gehöre dem Landtag seit 1985 an. Einen Schwerpunkt seiner Arbeit habe er im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales gesetzt. Dies gelte auch für den Ausschuß für Haushaltskontrolle, in dem er den stellvertretenden Vorsitz übernommen habe. Hermann Jansen habe aber auch seit vielen Jahren Verantwortung auf kommunalpolitischer Ebene getragen. Die SPD-Ratsfraktion in Mönchengladbach führe er nun seit Jahren. Der SPD gehöre er seit über 30 Jahren an. Für herausragende kommunalpolitische Leistungen sei er 1990 mit dem Goldenen Schöffensiegel der Stadt Mönchengladbach ausgezeichnet worden. Das Bild zeigt Hermann Jansen mit Enkel Philipp, links Ehefrau Helga.

Foto: Schälte

Keine Abschiebungen

In der Folge der Demonstrationen von Solingen ist es bisher zu keinen Ausweisungen und Abschiebungen gekommen. Dies teilt die Landesregierung als Antwort auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Heinz

Lanfermann (F.D.P.) mit. Gründe für eine unzulässige Aufenthaltsbeendigung seien die Anerkennung als Asylberechtigter, ein verfestigter Aufenthaltstitel, keine Vorstrafen bzw. erste einschlägige Verurteilungen, ein langjähriger Aufenthalt in der Bundesrepublik sowie Familienbindungen.

Zusammenarbeit, aber keine Partnerschaft mit Oberschlesien

Seit 1963 besteht eine Patenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen zu den Oberschlesiern. Vor dem Hauptausschuß des Landtags unter Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) betonte der CDU-Abgeordnete Hermann-Josef Arentz, man wolle von der Patenschaft hin zu einer Partnerschaft mit Oberschlesien kommen. Er warb daher um Annahme des Unions-Antrags „Förderung der deutsch-osteuropäischen Zusammenarbeit mit der Region Oberschlesien“ (Dr. 11/6583). Doch der Ausschuß mochte mehrheitlich dem Petition nicht folgen. Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen CDU und F.D.P. wurde der Antrag abgelehnt.

Die Landesregierung würde nichts gegen eine Partnerschaft zur Region Oberschlesien in praktischer Form haben. Staatskanzleiminister Wolfgang Clement lehnte es indes ab, eine solche Partnerschaft in irgendeiner konkreten Form zu erheben. Zu überlegen sei, ob die Möglichkeiten des Deutschunterrichts in der Region Oberschlesien verbessert werden könnten. Clement wies auch auf die Empfindlichkeit der Polen hin. Man sei noch Jahrzehnte entfernt von einer An-

näherung, wie sie etwa im deutsch-französischen Vertrag zum Ausdruck komme. Der SPD-Abgeordnete Hans Kern befürwortete, daß nicht nur die in Oberschlesien verbliebenen Deutschen, sondern in diesem Gebiet die Bevölkerung insgesamt unterstützt werden sollte. Die Fraktionssprecherin der Grünen, Bärbel Höhn, glaubte nicht, daß es der deutschen Minderheit dort helfe, wenn man solche Anträge mache. Auch die Betroffenen wollten das nicht. Sie würden gerne Unterstützung entgegennehmen, aber dann für die Gesamtbevölkerung. Hingegen wies der CDU-Abgeordnete und Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose auf den niedrigen Stand der Beziehungen von Deutschen und Polen an der Grenze hin. Einer solchen Partnerschafts-Überlegung näherzutreten, bezeichnete er deshalb als „durchaus richtig“. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen betonte den „emanzipatorischen Charakter“ einer Partnerschaft mit Oberschlesien. „Ich glaube, daß es ein positives Signal sein würde“, sagte Linssen. Es sei nicht Anliegen der CDU, nur die Deutschen in der Region zu fördern. Darauf ging auch der SPD-Abgeordnete und Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger

ein. In vielen Gesprächen in Kölns Partnerstädten Kattowitz und Wolgograd sei klar geworden, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, „daß wir Deutschen dort die Deutschen in besonderer Weise fördern“. Auch der SPD-Abgeordnete Jürgen Büssow unterstrich, es müsse alles unterlassen werden, was Mißtrauen oder Verletzungen auf polnischer Seite hervorrufen könne. Büssow schlug die Formulierung vor, der Landtag begrüße die Zusammenarbeit der Landesregierung mit der Region Oberschlesien. Die stellvertretende F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Marianne Thomann-Stahl hielt dagegen, die Patenkinder seien erwachsen geworden. Sie hätten Anspruch, als Partner ernstgenommen zu werden. Vorsitzender Grätz hielt die Verknüpfung von Patenschaft und Partnerschaft für nicht zulässig. Patenschaft sei eine Frage nach innen und habe wenig mit der heutigen Region Oberschlesien zu tun. Das wollte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi abschließend nicht so stehenlassen. Eine Patenschaft über Jahrzehnte mit Menschen, die aus dieser Region kämen, sei ein Anknüpfungspunkt. Der gewachsene Bezug sollte daher zu einer echten Partnerschaft fortentwickelt werden.

Schwier: Im Februar gibt es genug Lehrer in der Primarstufe

Tradition hat bereits die Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Die Situation zu Beginn des Schuljahres“, mit der die erste Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung nach der parlamentarischen Sommerpause am 17. August vom Vorsitzenden Hans Frey (SPD) eröffnet wurde.

Auf Antrag der CDU-Fraktion berichtete Kultusminister Hans Schwier (SPD) zum laufenden Schuljahr, von 3418 Stellen seien 3231 besetzt worden. Pensioniert wurden 2900 Lehrkräfte, so daß insgesamt 500 Stellen zusätzlich zur Verfügung standen. 286 Stellen seien zum Schulanfang noch frei. Als Grund dafür — und zwar für den Bereich der Grund-, Sonder- und Berufsschulen — wurden fehlende Bewerber genannt. Hier seien 235 Stellen offen, die zum 1. Februar 1995 nachbesetzt würden. Daneben hätten Bewerber/innen Einstellungsangebote meist ohne Begründung abgelehnt. Schwierigkeiten habe es auch aufgrund von Verwaltungsgerichtsentscheidungen bei der vorrangigen Berücksichtigung von Sek. I-Bewerbern gegenüber den „Kombinierern“ gegeben. Betroffen seien momentan 51 Stellen. Unter Hinweis auf das anlässlich der Schuljahrespressekonferenz am 5. August 1994 veröffentlichte ausführliche Datenmaterial hob der Minister hervor, die Schülerzahlen stiegen nach ihrem tiefsten Stand im Schuljahr 1989/90 wieder an, und zwar bei den öffentlichen Schulen um 41 000 Schüler/innen (+ 1,7 Prozent). Diese Zahl setze sich zusammen aus einem Anstieg von 50 800 Schüler/innen der allgemeinbildenden Schulen und einem Rückgang in den berufsbildenden Schulen und der Kollegschule um 9 800 Schüler/innen.

Zur Zeit befänden sich Lehrer/innen im Umfang von 2 200 Stellen im Erziehungsurlaub. Die Hälfte dieser Stellen sei bis jetzt wieder besetzt worden; Tendenz steigend.

Unter der Bezeichnung „Geld statt Stellen“ für Vertretungsunterricht stehen für das Schuljahr 1994/95 zehn Millionen Mark für befristete Beschäftigung von Aushilfskräften und für Mehrarbeitsvergütung zur Erteilung von Vertretungsunterricht in allen Schulformen zur Verfügung, neben den für Dauerbeschäftigung vorgesehenen Stellen. Die Haushaltslage gebe zur Zeit und auch für die weitere Zukunft wenig Spielraum, neue Stellen zu schaffen. Es sei ein starker Schülerzuwachs, aber nur ein ganz geringer Stellenzuwachs zu verzeichnen. Trotzdem sei die Schüler-Lehrer-Relation bis auf die der Grundschule nicht verändert worden. Hier handele es sich um eine Vorwegnahme, die sich aus dem Handlungskonzept der Landesregierung, nämlich der Heraufsetzung der Durchschnittsklassenfrequenz auf 24 ergebe. Der Schülerzuwachs sei durch eine Reduzierung der Stellenreserve und durch bei der Hauptschule und dem Gymnasium vorhandene kw-Überhänge aufgefangen worden.

Der Minister machte deutlich, daß die Haushaltsberatungen für 1995 wiederum unter der Prämisse stünden, die Zahl der Personalstellen im Landeshaushalt nicht auszuweiten. Die Probleme würden in den kommenden Jahren bekanntermaßen zunehmen. Einige Lehrerverbände strebten deshalb den Dialog mit der Landesregierung an, der in Kürze aufgenommen werden soll.

In der Aussprache hielten die Vertreter

von CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Kultusminister vor, er habe auf die vorhersehbare Situation bei der Lehrerstellenbesetzung unzureichend reagiert. Es blieben offene Stellen trotz ansteigender Schülerzahl. Die CDU-Fraktion wies zudem darauf hin, daß sie seit Jahren einen Einstellungskorridor fordere, der bislang immer abgelehnt wurde. Jetzt sei die verfahrenere Situation eingetreten, vor der immer gewarnt worden sei. Die Sprecherin der Grünen fragte kritisch, warum der Kultusminister die unbesetzten Stellen nicht mit Lehrkräften „auf dem Markt“ überbrücke.

In seiner Stellungnahme betonte Minister Schwier, Schüler- und Lehrerzahlen böten keinen Anlaß zu Alarmmeldungen. Zum 1. Februar 1995 werde es genügend ausgebildete Primarstufenlehrer geben. Eine Umschulung von Sek. I-Lehrkräften zu Primarstufenlehrern sei innerhalb eines halben Jahres auch nicht möglich. In den übrigen genannten Schulformen konnten trotz „abgearbeiteter“ Bewerberzahlen keine weiteren Einstellungen vorgenommen werden. Die Rechtsgrundlage für den gemeinsamen Unterricht für behinderte und nichtbehinderte Kinder und Jugendliche, mehr Flexibilität in der sonderpädagogischen Förderung sowie ein neugestaltetes „Sonderschulnahmeverfahren“ soll das Gesetz zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung (Drs. 11/7186) schaffen, das der Landtag am 15. Juni nach erster Lesung an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung überwiesen hat. Die unter Punkt 1 der Tagesordnung vorgesehene Beratung in der Sache fand nicht statt. Auf Antrag der Fraktion der CDU wird der Ausschuß demnächst eine öffentliche Anhörung von Verbänden und Sachverständigen durchführen.

Die Reform der beruflichen Bildung wird eingeleitet: Kollegschule soll alle berufsbildenden Schulen ersetzen. Diese Überschrift trägt der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 11/5515), mit dem sich

der Ausschuß des weiteren zu befassen hatte. Brigitte Schumann (GRÜNE) nannte als Ziel des Antrags, der beruflichen Auszubildenden den Stellenwert einer gleichwertigen Alternative zum Besuch der gymnasialen Oberstufe zu verschaffen. Sie warf dem Kultusminister Kleinmut und mangelndes Durchsetzungsvermögen vor, weil er noch keinen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt habe.

Hans Frey (SPD) erläuterte, die Diskussion um den Kollegschulversuch habe sich entkrampft. Es finde keine Richtungsauseinandersetzung zwischen Ideologen und Realisten mehr statt. Berufsschullehrer hätten konstruktive Vorschläge gemacht, die es ermöglichen, in der Sache weiterzukommen. Im übrigen, ergänzte Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD), veranstalte die SPD-Landtagsfraktion am 30. August 1994 ein Forum zum Kollegschulversuch.

Andreas Reichel (F.D.P.) stellte fest, der Kollegschulversuch habe die Ideologephase passiert; aus dem Versuch sollten nun die positiven Dinge übernommen werden. Die Grünen hätten mit ihrem Antrag eine obsoletere Forderung formuliert. Das angekündigte Forum der SPD begrüße er.

Beatrix Philipp (CDU) bezog sich auf die Ausführungen anlässlich der Plenardebatte und bemängelte, der Antrag gebe nicht den aktuellen Diskussionsstand wieder. Die CDU würde ihn deshalb ablehnen.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) qualifizierte den Grünen-Antrag als schädlich, da er vor Abschluß laufender Abstimmungs- und Verfahrensschritte weite Festlegungen erzielen wolle. Er sei daran interessiert, für eine abschließende Regelung einen möglichst breiten Konsens zu erreichen.

Ein weiterer Beratungspunkt betraf den Gesetzentwurf der CDU zur Einführung der differenzierten Mittelschule (Drs. 11/5029 — neu —). Die Sprecherin der CDU-Fraktion erläuterte, es solle keine neue Schule installiert, sondern eine Lösung ermöglicht werden, die es gestatte, daß Hauptschul- und Realschulbildungsgang unter einem Dach unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit geführt werden, und zwar dort, wo der geordnete Schulbetrieb nicht sichergestellt werden könne. Der Sprecher der SPD-Fraktion hielt den Gesetzentwurf für überflüssig. Unter Zugrundelegung der Problembeschreibung des Antrages erhebe sich die Frage, ob die Probleme nicht bereits durch die Gründung von Gesamtschulen gelöst wurden. Nach Meinung der F.D.P.-Fraktion seien im Antrag Instrumente vorgesehen, die den Schulträger in die Lage versetzten, flexibel vor Ort zu reagieren; eine Ähnlichkeit mit dem eigenen Antrag (Drs. 11/6067) sei erkennbar. Der Antrag befreie aber nicht davon, eine Schulstrukturdebatte zu führen, in die auch die Gesamtschulen einzubeziehen seien.

Die Sprecherin der Grünen lehnte den Antrag ab und bezeichnete es als „Anachronismus“, an der zur „Restschule“ verkümmerten Hauptschule als einer von der Landesverfassung besonders geschützten Schulform festzuhalten. Sie sollte aus der Verfassung herausgenommen werden.

Der Kultusminister vertrat die Auffassung, der Gesetzentwurf sei überflüssig; eine Experimentierklausel sei nicht erforderlich. Die entsprechende Regelung im Schulverwaltungsgesetz lasse bereits Schulversuche zu.



Unter den gegebenen Verhältnissen recht optimistisch äußerte sich der Kultusminister zum gerade begonnenen neuen Schuljahr, während die Opposition vor allem die Lehrereinstellung kritisch unter die Lupe nahm. Im Bild: Erstklässler bereiten sich auf den Schulalltag vor. Foto: Archiv

Wolfram Walbrach (Evangelische Kirche im Rheinland) hielt es für an der Zeit, die vielen Aktivitäten zu evaluieren. Im Inland sei weiterhin verstärkte Bildungsarbeit notwendig, um über Zusammenhänge zwischen der Lebensweise in den Industrieländern und den Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern aufzuklären. Für Studenten aus diesen Ländern sei ein Zusatzprogramm notwendig, das sie besser auf ihre Rückkehr vorbereite, damit nicht allein deutscher Standard vermittelt und der Transfer dadurch erschwert werde. Erfahrung und Kenntnisse dazu lägen bei den Kirchen und Universitäten vor.

Hans Drolshagen (Internationales Kolpingwerk) forderte die Änderung des Verhaltens in den Industrieländern. Deren Menschen müsse es unmöglich gemacht werden, gegenüber den unterentwickelten Ländern gleichgültig zu bleiben. Den Nichtregierungsorganisationen sollten für ihre konkreten Projekte Umwelttechnologien angeboten werden, die sich die Empfänger auch leisten könnten. Das Beispiel Ruanda habe gezeigt, daß unerfahrene Helfer eher Schaden anrichten könnten.

Wolf Christian Ramm (Terres des Hommes) begrüßte das Ziel der Landesregierung, Entwicklungspolitik als landespolitische Querschnittsaufgabe zu etablieren. Es setzt sich überall die Erkenntnis durch, daß nord-südpolitische Themen nicht isoliert im Zuständigkeitsbereich eines Ministeriums angesiedelt sein können, sondern sie Arbeit vieler Ministerien tangieren. Insofern — dies sei noch einmal betont — müssen alle Beschlüsse des Landes Nordrhein-Westfalen auf ihre „Dritte-Welt-Verträglichkeit“ überprüft werden. Auf Ebene der Ministerien zeigt sich, daß beispielsweise mit der seit 1. September 1993 gesetzlich geregelten Strafverfolgung von sexuellem Kindesmißbrauch durch Deutsche im Ausland und der daraus abgeleiteten verstärkten Zusammenarbeit zwischen Strafermittlungs- und Strafverfolgungs-Behörden ein erhöhter Bedarf an Kooperation auf der Ebene der Ju-

Anhörung Entwicklungszusammenarbeit in NRW Gleichgültiges Verhalten nicht länger dulden

In der von Jürgen Büssow (SPD) geleiteten öffentlichen Anhörung zum Thema „Möglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit auf der Ebene eines Bundeslandes“ nahmen am 2. September Sprecher von 12 Organisationen zum Unterausschusses Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit Stellung. Büssow wies eingangs darauf hin, daß der NRW-Landtag erstmals einen eigenen Ausschuß dafür eingerichtet und in einem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und F.D.P. (Drs. 11/6521) die Landesregierung aufgefordert habe, die Maßnahmen im Lande selbst und auf Bundesebene im Sinne von größerer Wirksamkeit aufeinander abzustimmen. Nachstehend Auszüge aus den ersten Stellungnahmen (weiterer Bericht folgt).

stiz- und Innenministerien der Bundesländer mit Ländern des Südens erforderlich ist. Auf diese Weise leisten auch die Länder-Ministerien durch ihren Kampf gegen die sexu-

elle Ausbeutung von Kindern in der Dritten Welt bzw. die juristische Aufarbeitung dieses Straftatbestandes in der Bundesrepublik einen Beitrag zur Entwicklung des Nordens.“



Ausschließlich „fair gehandelter Kaffee“ werde seit 1992 im Landtag ausgeschrieben, teilte Präsidentin Ingeborg Friebe mit, als sie die Ausstellung „Nachhaltig umsteuern“ im Foyer anlässlich der Anhörung über Entwicklungszusammenarbeit in NRW eröffnete. Mit konkreten Beispielen wie der Blumenzucht oder der Kinderprostitution werde darauf hingewiesen, daß es um die Änderung des Verhaltens gehe. Foto: Schälte

In der von Jürgen Büssow (SPD) geleiteten Sitzung des Unterausschusses Europapolitik des Hauptausschusses am 24. August informierte der zum Vizepräsidenten gewählte Abgeordnete Dr. Manfred Dammeyer (SPD) über den Stand der Arbeiten des Ausschusses der Regionen (AdR-EU). Mit dem umfangreichen Weißbuch der EU-Kommissionen „Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung“ will sich der Unterausschuß auf Vorschlag von Erich Heckelmann (SPD) im Vorfeld des EU-Gipfels Anfang Dezember in Essen in einer Sondersitzung eingehend befassen, die etwa vier Wochen früher stattfinden soll. Jürgen Büssow informierte über seine Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des Kongresses der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften Europas (CLRAE) beim Europarat.

Zur Präsidentsitzung des AdR-EU am 5. Dezember in Bonn sollte, so schlug Dr. Dammeyer vor, der Unterausschuß Europapolitik des NRW-Landtages einladen. In Arbeitskreisen des AdR-EU seien bisher zwölf Stellungnahmen zu Teilbereichen der europäischen Politik erarbeitet worden. In seinem Bericht über den Beratungsstand zum Weißbuch „Wachstum, Wettbewerb, Beschäftigung“ der EU-Kommission teilte

Landtags-Europäer im Vorfeld des Essener Gipfels Sondersitzung „Arbeitsbeschaffung im Binnenmarkt“

der Vertreter des Wirtschaftsministeriums mit, NRW bereite einen Antrag im Bundesrat vor, worin unter anderem verlangt wird, beim Mehrbeschäftigungsziel soziale Standards nicht zu gefährden und gemäß dem Subsidiaritätsprinzip nicht in nationale Tarifhoheit einzugreifen.

Franz Skorzak (CDU) hielt das Weißbuch für eine Pflichtlektüre der Politiker und einen Denkanstoß für die Tarifpartner. Die CDU werde die Landesregierung um Mitteilung bitten, wie sie künftiges Wachstum in Beschäftigung umzusetzen gedenke. Erich Heckelmann (SPD) wollte zum EU-USA-Vergleich 1973 bis 1990 bei Wachstum und Beschäftigung nicht unkommentiert stehen lassen, daß im Extremfall eine neue Kategorie von „erwerbstätigen Armen“ geschaffen werden könnte. Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) vermißte systematisches Management und den Durchblick bei der Umsetzung der Konzepte. Bärbel Höhn (GRÜNE) lehnte „Billigjobs“ ab und meinte, im Weißbuch sei für jede Fraktion etwas drin. Jürgen Büssow (SPD) hielt das Nachdenken über niedrigere

Lohnnebenkosten in Deutschland für wichtig. Alle Fraktionen erbaten ausreichende Zeit für das Studium der 190seitigen Vorlage.

★

Im Abschnitt „Beschäftigung“ des EU-Weißbuchs werden abgehandelt: Anpassung der Bildungssysteme, Umsetzen von Wachstum in Beschäftigung, Abgabenbelastung der Arbeit. Den realen Kosten der Arbeitslosigkeit, 10,5 Prozent im EU-Durchschnitt, sei in vollem Umfang Rechnung zu tragen. Sie würden für 1993 auf 200 Milliarden ECU geschätzt.

Um neue Arbeitsplätze zu schaffen, solle es Anreize geben, freiwillig weniger zu arbeiten. Unerschlossene Beschäftigungsreserven sehen die Weißbuch-Autoren unter anderem in privaten Haushalten, bei Kinder- und Jugendbetreuung, Gebäudesicherheit, Einzelhandel, Medien und Freizeit, bei Stadterneuerung, Nahverkehr, Umweltschutz und Energiesparen. Arbeitsplätze solle es auch beim Aufbau transeuropäischer Informations-, Verkehrs- und Energienetze geben.

Reform: Nachdenken über Nutzen von Gesetzen

„Bösgläubige“ wollen Kosten schätzen

In seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause befaßte sich der Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform unter Leitung seines Vorsitzenden Ulrich Schmidt (SPD) u. a. mit zwei Berichten seiner Projektgruppe zu den Themen „Wirkungsanalyse vor der Beschlußfassung über Gesetze“ (Vorlage 11/3137) sowie „Überprüfung von Sach- und Personalstandards in Vorschriften des Landes – kommunaler Bereich“ (Vorlage 11/3136).

Leitender Ministerialrat Vogt (Projektgruppe) stellte das Papier zur Wirkungsanalyse vor und machte deutlich, daß es aus Sicht der Projektgruppe dringend geboten sei, Gesetze vor deren Erlaß einer Nutzen-Kosten-Untersuchung zu unterziehen. Dabei könne zwischen mittelfristig und kurzfristig möglichen Maßnahmen unterschieden werden. Schon jetzt, vor Einführung von Kosten- und Leistungsrechnungssystemen, sei es möglich, das angestrebte Ziel eines Gesetzes zumindest verbal darzustellen und voraussichtliche Belastungen zu quantifizieren. Staatssekretär Riotte (Innenministerium) befürchtete, daß bestimmte Vorhaben, wie die geplante Änderung des Polizeigesetzes, bei der geforderten „umfassenden Wirkungsanalyse“ dann innerhalb der nächsten zwei Jahre – und damit innerhalb dieser Legislaturperiode – wohl nicht mehr zu realisieren seien. Heinz Paus machte für die CDU deutlich, daß die von der Projektgruppe vorgenom-

mene „Konkretisierung des CDU-Antrags“ (Drs. 11/6159) im wesentlichen nachvollzogen werde; es gehe schon darum, das Parlament in gewissem Maße „bösgläubig“ zu machen.

Auch Dr. Achim Rohde (F.D.P.) sah in den Vorschlägen der Projektgruppe einen pragmatischen, verdienstvollen Einstieg, wies allerdings auch auf Unterschiede hin. Das Finanzministerium vertrete die Auffassung, anfallende Kosten ließen sich auch bei Vorliegen betriebswirtschaftlicher Kostenrechnungen nicht hieb- und stichfest voraus kalkulieren. Mit Blick auf einen vom Finanzministerium entwickelten Prüfkatalog solle die Projektgruppe auch den Einbezug zusätzlicher Maßnahmen untersuchen. Stefan Frechen (SPD) und Dr. Katrin Grüber (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) warfen die Frage auf, ob nicht die angestrebte Nutzen-Kostenrechnung ihrerseits einer Wirkungsanalyse bedürfe. Dr. Katrin Grüber sprach sich für ein vorsichtiges Vorgehen aus und

schlug vor, das angestrebte Verfahren zunächst bei ausgewählten Modellprojekten auszuprobieren. Stefan Frechen, der den CDU-Antrag grundsätzlich positiv bewertete, bezweifelte, daß die bisherigen Informationen für eine Beschlußfassung ausreichten. Zunächst sollten bestehende Discrepanzen zum Finanzministerium noch ausgeräumt werden.

Die Abstimmung wurde daraufhin vertagt und die Projektgruppe gebeten, eine Stellungnahme des Finanzministeriums zu ihrem Beschlußvorschlag einzuholen.

Der Projektgruppenbericht zum Thema „Standards“ wurde ebenfalls vom Leitenden Ministerialrat Vogt (Projektgruppe) kurz erläutert. Im Ländervergleich, so Vogt, schneide Nordrhein-Westfalen schon jetzt gut ab. Die Projektgruppe sehe in dem von der Landesregierung eingerichteten Verfahren zum „Standard-Controlling“, das den Kommunen bei Einführung neuer Standards die Möglichkeit gibt, eine „Clearing-Stelle“ – bestehend aus Vertretern des Innenministeriums, Finanzministeriums und der Staatskanzlei –, anzurufen, einen erfolgreichen ersten Schritt. Es werde aber vorgeschlagen, das Verfahren auf bereits bestehende Standards auszudehnen und den kommunalen Spitzenverbänden insoweit ein Initiativrecht einzuräumen. Dabei sollten auch „standardnahe“ Vorschriften einbezogen werden. Des weiteren spreche sich die Projektgruppe für regelmäßige Berichte der Landesregierung über den Fortgang des Standardabbaus aus.

Heinz Paus begrüßte die Vorschläge der Projektgruppe als Möglichkeit, das von der Landesregierung eingerichtete Verfahren zu optimieren. Dr. Katrin Grüber vertrat die Auffassung, die Inhalte konkreter Standards seien von der Projektgruppe zu wenig berücksichtigt worden. Es werde offenbar pauschal von der Notwendigkeit des Standardabbaus ausgegangen. Im übrigen sei der im Verfahren festgeschriebene Vorrang für die Querschnittsressorts (Innen, Finanz, Staatskanzlei) gerade im Falle technischer Standards nicht sachgerecht.

Auf die Frage von Stefan Frechen, wie das Verhältnis des Innenministeriums zu den kommunalen Spitzenverbänden sei und ob es der Institutionalisierung von Kontakten bedürfe, antwortete Staatssekretär Riotte, daß auf Einführung eines Initiativrechts verzichtet werden könne, weil dies faktisch heute schon bestehe. Riotte sagte zu, die Standardprüfung auf bestehende Vorschriften auszudehnen.

Der Ausschuß akzeptierte daraufhin die Beschlußvorschläge der Projektgruppe mit der Maßgabe, das vorgeschlagene Initiativrecht durch die Zusage des Staatssekretärs zu ersetzen.

Darüber hinaus erhielt die Projektgruppe, wie von ihr angeregt, weitere Aufträge zu den Themen: Pauschalierung von Landeszuwendungen an die Kommunen, Standardabbau im staatlichen Bereich und Vereinfachung der Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO.

Auch der Antrag der CDU „Mehr Gestaltungsspielraum für die Kommunen – Stellenobergrenzenverordnung abschaffen!“ (Drs. 11/6991) führte nach eingehender Beratung zu einem Auftrag an die Projektgruppe. Sie soll zum Thema „Reform des öffentlichen Dienstrechts“ Vorschläge unterbreiten, welche Sachverständigen und Verbände hierzu im Rahmen einer öffentlichen Anhörung eingeladen werden sollten.

Für Frauenförderung im Arbeitsleben

Der von Marie-Luise Morawietz (SPD) geleitete Ausschuß für Frauenpolitik beschäftigte sich am 26. August mit der Förderung von Frauen im Arbeitsleben. Den Schwerpunkt bildete die Beratung des Grünen-Antrags „Mehr Frauenförderung in Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik“ (Drs. 11/5404), der von SPD und CDU abgelehnt wurde.

Vor der Sommerpause hatte der Ausschuß sich darauf verständigt, in die inhaltliche Diskussion auch das Aktionsprogramm „Frau und Beruf“ der Landesregierung (Drs. 11/7132) sowie die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 14 der GRÜNEN-Fraktion zur „Vernachlässigung von Fraueninteressen in der Wirtschaftspolitik“ (Drs. 11/6919) einzubeziehen. Die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Ilse Rider-Melchers (SPD), stellte im Rahmen ihrer abschließenden Stellungnahme fest, daß allen drei Beratungsgegenständen der Ansatz bzw. das Wissen gemeinsam sei, daß der Zusammenhang zwischen arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Maßnahmen und der Notwendigkeit von Frauenförderung nicht immer gleich gesehen werden. Es sei falsch zu glauben, eine erfolgreiche Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik nütze automatisch auch den Frauen. Meinungsunterschiede gebe es insbesondere in der Frage, welche Maßnahmen sinnvoll und wirkungsvoll seien. Sie räumte ein, daß die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage der Grünen sicherlich nicht in allen Bereichen zufriedenstellend und die Datenlage teilweise noch zu verbessern sei, was im übrigen mit dem Aktionsprogramm „Frau und Beruf“ beschlossen worden sei, andererseits sei ein Großteil der gestellten Fragen gar nicht zu beantworten. Was den Antrag der Grünen angehe, so stimme sie dem An-

satz insoweit zu, als staatliche Ebenen auch ihre Auftragsvergaben nutzen könnten und sollten, um wichtige, gerade auch verfassungsrechtliche Forderungen umzusetzen oder zu unterstützen. Die im Antrag enthaltenen konkreten Vorschläge halte sie jedoch in der Praxis für nicht umsetzbar, teilweise sogar für rechtlich unzulässig. Die Landesregierung versuche ihrerseits, mit dem Aktionsprogramm „Frau und Beruf“ alle Arbeitsmarkt- und Strukturprogramme entweder mit Quotierungs- oder Bevorzugungsregelungen zu versehen oder qualifizierende Auflagen zu machen. Sie halte das Aktionsprogramm für eine vernünftige Antwort auf die Frage, wie Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik sinnvoll verbunden und praktikabel gestaltet werden können.

Marianne Hürten, frauenpolitische Sprecherin der Grünen, erwiderte, daß ihre Kritik bei der Beantwortung der Großen Anfrage bereits bei der Situationsbeschreibung ansetze; beispielsweise seien die Daten im Bereich „Teilzeitarbeit“ nicht vergleichbar. Im Zusammenhang mit der Frage nach konkreten Maßnahmen bei der Infrastrukturförderung, die Frauen zugute kämen, sei sie davon ausgegangen, daß sich die Landesregierung dazu detailliert äußern würde. Aus der Tatsache, daß diese Frage nicht beantwortet worden sei, könne man schließen, daß die Landesregierung entweder den Diskussionsprozeß nicht verfolgt habe oder sich definitiv „nichts getan habe“. Das Aktionsprogramm „Frau und Beruf“ enthalte ihrer Einschätzung nach leider nur unkonkrete Formulierungen. Sie kritisierte, daß die Landesregierung im Rahmen des Aktionsprogrammes immer noch die Frauenförderung per Auftragsvergabe prüfe.

(Fortsetzung folgt)

Verkehrsausschuß besichtigte Ausbau der Bundeswasserstraßen im Ruhrgebiet

Zunächst gratulierte der Minister dem Direktor des Dortmunder Hafens Hubert Gollas zum erfolgreichen Ausbau, der mit 100 Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln über einen Zeitraum von zehn Jahren erfolgte. Der Hafen Dortmund, laut Kniola eine „für den Güterverkehr im östlichen Ruhrgebiet ideale Verknüpfung von Straße, Schiene und Wasserstraße“, erwirtschaftet inzwischen als umschlagsstärkster Kanalhafen Deutschlands „tiefschwarze Zahlen“, wie Gollas den Abgeordneten versicherte. Während der Fahrt auf dem Dortmund-Ems-Kanal und dem Datteln-Hamm-Kanal erläuterten der Präsident der WSD West Ulrich Machens und Abteilungspräsident Haendel die durch steigendes Verkehrsaufkommen, Überalterung der Anlagen und Modernisierung der Binnenschifffahrt erforderlichen Maßnahmen der Unterhaltung und des Ausbaus der Kanäle. Seit der Inbetriebnahme der Schleuse Henrichenburg 1989 ist der Dortmund-Ems-Kanal (DEK) von Dortmund bis Datteln für Schubverbände bis 185 Meter Länge, bis 11,40 Meter Breite und bis 2,80 Meter Abladetiefe (Wasserstraßenklasse Vb) befahrbar, allerdings nur mit Hilfe von Verkehrsregelung.

Der nordrhein-westfälische Teil des DEK verbindet Rhein und Ruhr mit dem Mittelkanal und ist als einzige Verbindung zwischen dem westdeutschen und dem gesamten nord-, mittel- und ostdeutschen Wasserstraßennetz von besonderer Bedeutung. Mit dem Ausbau der Südstrecke wurde begonnen. Der Kanalquerschnitt wird auf 55 Meter verbreitert. Außerdem sollen aus Bundesmitteln 5 Kanalbrücken, 4 Sicherheitstore, 31 Straßen- und 2 Eisenbahnbrücken sowie 24 Düker neugebaut und insgesamt 14 Brücken gehoben und 4 Düker angepaßt werden. Die Ausbaukosten am Rhein-Herne-Kanal, Datteln-Hamm-Kanal, der Dortmunder Haltung des DEK und der

Hafen Duisburg im Europa-Wettbewerb

Vor seiner Kanalbereisung informierte sich der Verkehrsausschuß am 25. August im weltweit größten Binnenhafen, dem Rhein-Ruhr-Hafen Duisburg, über die Verlagerung von Gütertransporten auf den Wasserweg und die Schiene.

An einigen markanten Beispielen, insbesondere dem Bahnhof für den kombinierten Ladungsverkehr am Ruhrorter Südhafen, zeigten Klaus van Lith und Dr.-Ing. Jochen Müller als Vorstand der Duisburg-Ruhrorter Häfen AG dem Ausschuß mit seinem Vorsitzenden Hans Jaax (SPD) an der Spitze die Funktionen und Potentiale des Duisburger Hafens als neutrale Schnittstelle der Verkehrsträger Wasser, Schiene und Straße und zugleich als Dienstleistungszentrum im Hinterland der großen Küsten-Seehäfen auf. Van Lith und Dr. Müller appellierten an die Parlamentarier, konsequent die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen auf den europäischen Verkehrswegen zu verfolgen und dabei den Binnenhäfen den Platz in der Verkehrspolitik der Europäischen Union zu sichern, der ihnen aufgrund ihrer Möglichkeiten für eine optimierte Verkehrsabwicklung zukommt.

Bergbau-, Bomben- und Böschungsprobleme

Zu dem für den Güterverkehr bedeutsamen Thema „Ausbau der westdeutschen Kanäle“ hatte der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Hans Jaax (SPD), eine Bereisung der westdeutschen Kanäle im Raum Duisburg-Dortmund-Hamm organisiert. Am 25. August befuhren Ausschußmitglieder der SPD und der CDU (die Vertreterinnen der F.D.P. und der Grünen waren verhindert) mit Vertretern der Wasser- und Schifffahrtsdirektion (WSD) West von Duisburg aus den Rhein-Herne-Kanal. Am folgenden Tag ging es von Dortmund auf dem Dortmund-Ems-Kanal in den Datteln-Hamm-Kanal bis Hamm. Nachstehend ein Bericht vom zweiten Teil der Kanalbereisung, an dem außer der Spitze der Bundesbehörde auch Landesverkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) teilnahm.

Schleuse Henrichenburg teilen sich Bund und Land im Verhältnis von zwei Dritteln Bund zu einem Drittel Land.

Auf dem Datteln-Hamm-Kanal (DHK), einem Stichkanal östlich des DEK, können Europaschiffe (Klasse IV) zur Zeit nur mit Einschränkungen fahren. Mit dem Ausbau wurde 1993 auf den ersten 4,5 Kilometern begonnen. Über den DHK wird das gesamte westdeutsche Kanalnetz mit Wasser versorgt, und zwar als Zufluß aus der gestauten Lippe im natürlichen Gefälle durch ein Bauwerk bei Hamm.

Während der Kanalbereisung konnten sich die Landtagsabgeordneten ein Bild von den

russischen Spundbohlen nach einer unvorhergesehenen Absenkung 1992 am Datteln-Hamm-Kanal. Normalerweise erfahren die Wasserbauer in NRW durch eine besondere Verordnung die Senkungsmaße fünf Jahre im voraus vom Bergbau und können so rechtzeitig planen. Für die durch Senkungen verursachten Kosten muß übrigens der Bergbau selbst aufkommen.

Haendel sagte auch, jede nicht ausgebaute Strecke bedeute für den Betrieb die Grenze des Zumutbaren. Die Begegnung mit Ampeln koste enormen personellen Aufwand. Ab 1995 solle der mannlose „Selbstwahr-schaubetrieb“ eingeführt werden.



Am Stadthafen Dortmund zum zweiten Teil der Kanalbereisung vorn v.l.: Karl Böse (SPD), Ulrich Machens (Präsident der WSD West), Hans Jaax (SPD, Vorsitzender), Hubert Gollas (Hafendirektor), Franz-Josef Kniola (SPD, Verkehrsminister), Manfred Hammer, Manfred Ludwig Mayer (beide SPD), Gerhard Wächter, Günter Langen, Hermann Kampmann (alle CDU), Günter Weber (SPD), Heinrich Dreyer (CDU), Haendel (Abteilungspräsident WSD West).

Hauptproblemen der Wasserbauer im Ruhrgebiet machen: Als Folge des Steinkohlenbergbaus senkt sich die Landschaft, der Kanal muß jedoch auf 62 Metern über NN bleiben. „Er wächst sozusagen aus der Landschaft heraus“, erklärte Abteilungspräsident Haendel und zeigte Dörfer und Höfe, die wie an der Küste „hinter dem Deich“ liegen. Er beschrieb ein „sehr teures Experiment“ auf drei Kilometern der schwierigsten Strecke, entlang der Zeche Achenbach: die Landschaft durch Auffüllen mit Abraum wieder anzuheben. Pro Kanalkilometer hätten dafür zehn Millionen Mark aufgewendet werden müssen. Immer wieder waren aufgestockte Spundwände zu sehen, unter anderem auch mit

Amtsvorstand Gursch (WSA Duisburg-Meiderich) begleitete den Ausschuß und die Verkehrsfachleute aus Fraktionen und Ministerien zum Schiffshebewerk Henrichenburg bei Waltrop. Nach dem Verlassen des eingefahrenen Schiffs beeindruckte die Teilnehmer das Hochfahren des leeren Schiffstogs mit Hilfe von Wasserdruck und das wasserdichte Anpressen des Torabschlusses, wodurch der Wasserverlust auf geringe Mengen reduziert wird. Leider sah die Reiseregie kaum Zeit in der viel besuchten Ausstellungshalle vor, wo von Gursch nur noch das Hebewerksmodell anschaulich erklärt werden konnte.

Bei der Weiterfahrt sprach Amtsvorstand (Fortsetzung nächste Seite)

Haushaltsausschuß: Kosten sollen kalkulierbar sein

Die Änderungsanträge von CDU und F.D.P. zum Nachtragshaushalt 1994 einschließlich dessen Ergänzung vom 18. August lehnte die SPD-Mehrheit im Haushalts- und Finanzausschuß am 31. August ab und stimmte dem Regierungsentwurf ohne Änderungen gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und Grünen zu. In der Sitzung am 25. August wurde unter Leitung von Leo Dautzenberg (CDU) noch einmal eingehend über die Erstattung der Asylbewerberkosten an die Gemeinden beraten. Die Behandlung des CDU-Antrages „Teilzeitoffensive im öffentlichen Dienst“ wurde einvernehmlich vertagt, um einen Gesetzentwurf der Landesregierung abzuwarten. Gegen den F.D.P.-Antrag „Wende in der Haushaltspolitik einleiten“ stimmten SPD und Grüne bei Enthaltung der CDU.

Die von der F.D.P. beantragte Öffnung der Sondermittel für Technologieförderung im Rahmen des Nachtragshaushalts „vorrangig“ für mittelständische Betriebe lehnte die SPD ebenso ab wie den Vorschlag von Hartmut Schauerte (CDU), Mittelbetriebe neben Großunternehmen der Stahlbranche „auch“ aus der Sonderrücklage zu fördern. Reinhold Trinius (SPD) erklärte, seiner Fraktion gehe es gerade um die beiden Konzerne. Das gleiche Schicksal erlitten die beiden F.D.P.-Änderungsanträge, Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften aller von Arbeitslosigkeit bedrohten Standorte, Branchen oder Unternehmen aus dem neuen Titel des Nachtragshaushalts zu fördern. Auch der CDU-Änderungsantrag, die Sonderrücklage zur Finanzierung strukturwirksamer Maßnahmen in Höhe von 127 Millionen Mark aus zinswirtschaftlichen Erwägungen besser zur Ablösung der teuersten Altschulden

zu verwenden, wurde von der SPD-Mehrheit abgelehnt. Den Verdacht, die Regierungsmehrheit wolle dadurch die Nettoneuverschuldung im Haushalt 1995 schönen, wies Staatssekretär Karl-Heinz Bentele als falsch zurück. Aus den Fachausschüssen gab es keine Änderungsanträge zum Nachtragshaushalt, den der Haushaltsausschuß dann gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und Grünen annahm.

Nachdem Ausschußvorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) und seine Fraktionskollegen Hartmut Schauerte und Peter Bensmann die im Nachtragshaushaltsgesetz vorgesehene Ausschlußfrist 15. Oktober 1994 für die An-

den Kommunen genügend Zeit eingeräumt worden. Die Spitzabrechnung brauche mehr Zeit als eine pauschale Abgeltung. Im übrigen habe sich herausgestellt, daß es eine hohe Zahl von Leerständen gebe. Deshalb habe das Innenministerium bereits eine sogenannte „Crash-Kommission“ eingerichtet, die Abhilfe bei langfristigen Anmietungen und bei Umwidmungen von Unterkünften schaffen solle. Ein Vertreter des Innenministeriums bezifferte die Zahl der Leistungsempfänger aus unerledigten Asylverfahren, aus Klage- und Eilverfahren sowie der Kontingentflüchtlinge auf zusammen 121000.
Fortsetzung Seite 15



Vor Sitzungsbegrüßung der Haushaltspolitiker und Absprachen bei der Zuarbeit, v.l. Hartmut Schauerte (CDU), Ministerialdirigent Dr. Berg (Finanzministerium), Silvia Winands (Ausschußassistentin), Finanzminister Heinz Schleußer (SPD).
Foto: Schälte

meldung von Erstattungsansprüchen für Asylbewerberkosten der Gemeinden aus den Vorjahren angesprochen hatten, erklärte Finanzminister Heinz Schleußer, es müsse endlich Klarheit über die Ausgaben gewonnen werden. Für das Abrechnen sei

Kilometer langen Datteln-Hamm-Kanal zogen einige Teilnehmer ihre Köpfe ein, so niedrig waren einige Brückendurchfahrten, aber auch die Decksaufbauten des traditionsreichen Bereisungsschiffes „Leo Sympher“, benannt nach dem Vater der westdeutschen Kanäle. Brücken und Düker des „herausgewachsenen“ Kanals müssen „gehoben“, oder wenn das nicht mehr möglich ist, neu gebaut werden. Ebenfalls erneuerte Sicherheitstore sorgen für Schadensbegrenzung im Unglücksfall.

Die Stadt Hamm hat, das erläuterten auf dem letzten Bereisungsabschnitt Oberstadtdirektor Dr. Kraemer und führende Mitarbeiter, ihre verkehrsgünstige Lage genutzt und setzt auf ein „dezentrales Güterverkehrszentrum“, das den Eisenbahnknotenpunkt mit dem Kanal und dem Autobahnnetz verbindet. Im März 1994 hatte der Verkehrsausschuß in öffentlicher Anhörung Fachleute des Schienen-, Straßen- und Schiffsverkehrs zum Thema Güterverkehrszentren befragt (siehe „Landtag intern“ Nr. 6/94). Schon jetzt sind die Stadtwerke stolz auf den zweithöchsten Umschlag der neuen NRW-Kanalhäfen (nach Gelsenkirchen). 1993 steuerten, so war den WSD-Informationen zu entnehmen, 1685 beladene Schiffe den Hafen Hamm an.

Wasserstraßen...

Fortsetzung von Seite 11

Rinker (WSA Rheine) die weiteren Probleme Entmunitionierung und Landschaftsschutz an. Jede Woche werde vom Bombensuchboot „Sperber“ noch eine Bombe aus dem Zweiten Weltkrieg im Kanal gefunden. Die bis zu 250 Kilogramm schweren Bomben seien allererste Qualität und noch voll funktionsfähig. Mit den bisherigen Gesamtkosten der Kriegsschädenbeseitigung (pro Jahr eine Million Mark) hätte eine mittlere Baustelle drei bis vier Jahre lang finanziert werden können, sagte er.

Sehr teuer sei auch das Umwandeln eines bereits verspundeten in ein geböschtes Ufer nach gerichtlich verfügten ökologischen Bedenken gewesen. Auf einer Länge von 1,5 Kilometern mußten die Spundwände wieder herausgenommen und befestigte Böschungen angelegt werden. Die Auflagen des 1982 in Bonn geänderten Umweltschutzrechts führen vor allem bei der Gestaltung der Kanalufer zu Kostensteigerungen und Ausba verzögerungen. Möglichst nur je ein Spundwand-Ufer und ein begrüntes Böschungsufer werden angestrebt.

Bei der Fahrt auf dem 80 Jahre alten und 47

Kein Auto-Tunnel durch Ruhrgebiet

Ein Autotunnel unter dem Revier zwischen Dortmund und Duisburg sei mit geschätzten Kosten von zehn Milliarden Mark nicht finanzierbar, teilte Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) jetzt dem Verkehrsausschuß mit, nachdem ein Gespräch mit dem Bundesverkehrsminister vom Initiativkreis Ruhrgebiet abgesagt worden war. Vor der Sommerpause hatte der Landtag den F.D.P.-Antrag abgelehnt, in einer Machbarkeitsstudie für den Ruhrtunnel auch private Finanzierungen zu prüfen. Den CDU/F.D.P.-Antrag „zeitlich vorgezogene Netzschlüsse im Autobahnbau für das Ruhrgebiet“ (Drs. 11/7307) hatte das Plenum in die Ausschußberatung überwiesen.

In der Plenardebatte vor der Sommerpause hatte Kniola eine Verkehrsbeeinflussungsanlage für die A 40 und einen Tunnel für die A 52 in Essen angekündigt. Gisela Nacken (GRÜNE) hatte aus geführt, Mautlösungen, wie für einen privat finanzierten Ruhrtunnel im Gespräch, könnten im Ruhrgebiet leicht umfahren werden. Uwe Herder (SPD) hielt Autobahnausbau zur Lösung von Verkehrsproblemen für Populismus. Nur ein Gesamtkonzept für Straße, Schiene und Wasserstraße bringe Abhilfe.

„Nicht eine ganze Kindergeneration mit Gewalt in Zusammenhang bringen“

Ein Bericht über Hilfen der Landesregierung für die Straßenkinder der Dritten Welt, insbesondere in Brasilien, stand zu Beginn der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie unter Leitung des Vorsitzenden Erich Heckelmann (SPD) am 25. August auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende selbst hatte um diesen Bericht gebeten, nachdem er in einem Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Aktion Straßenkinder — einem Freundeskreis der Kindernothilfe Duisburg e.V. — Informationen über das Leben der Kinder auf Brasiliens Straßen erhalten hatte.

Ein Vertreter der Staatskanzlei erläuterte, das Problem bestehe schon lange, sei aber aufgrund der verstärkten Grausamkeiten gegen die Straßenkinder in jüngster Zeit wieder stärker ins öffentliche Bewußtsein gerückt. Er wies auf ein Modellprojekt des Landes hin, in dessen Rahmen seit Mitte der 80er Jahre mehrere Dörfer nach dem Vorbild der „Kinderdörfer“ in der Nähe von Rio de Janeiro errichtet worden seien. Seiner Einschätzung nach liege das Problem weniger an fehlenden Gesetzen zur Reglementierung der Ausschreitungen gegen Kinder, als an den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die diese ermöglichten. In dieser Hinsicht seien die Möglichkeiten der Landesregierung natürlich beschränkt, sie nutze jedoch die Gelegenheit, die Öffentlichkeitsarbeit Dritter zu unterstützen und bei eigenen Gesprächen, etwa im Rahmen deutsch-brasilianischer Begegnungen, auf die Mißstände aufmerksam zu machen. Letztlich gebe es aber nur den Weg, durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit Druck auszuüben und das Thema bei allen Begegnungen „wachzuhalten“.

Gerade dies sei, so Heckelmann, für ihn der Anlaß gewesen, das Thema im Ausschuß anzusprechen. An die Ausschußmitglieder richtete er die Bitte, bei allen sich bietenden Gelegenheiten aktiv zu werden.

Im Anschluß führte der Ausschuß seine Beratungen zu den seinen Zuständigkeitsbereich betreffenden Positionen des Nachtragshaushalts 1994 zum Einzelplan 07 durch. Im Rahmen seiner Stellungnahme erläuterte der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Franz Müntefering (SPD), die Notwendigkeit der einzelplanspezifischen globalen Minderausgabe im Einzelplan 07 in Höhe von 99,5 Millionen Mark. Die Einsparung erfolge auf der Grundlage einer Bewirtschaftungsmaßnahme, nach der neue Projekte zunächst nicht bewilligt und laufende Programme mit dem Ziel gestreckt würden, die Ist-Ausgabe zu vermindern. Diese flexible Haushaltsführung setze voraus, daß Einsparbeträge zum jetzigen Zeitpunkt nicht bindend zugeordnet werden könnten. Darüber hinaus begründete er die notwendigen Mehrausgaben im Bereich der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz, die im wesentlichen durch zu Beginn des Jahres wirksam gewordene Leistungsverbesserung, durch die Erweiterung des anspruchsberechtigten Personenkreises sowie die Entwicklung der Fallzahlen begründet sei.

Nach kurzer Aussprache, bei der das Verfahren der Erstattung von Unterhaltsvorschußleistungen an Kommunen im Vordergrund stand, stimmte der Ausschuß den beabsichtigten Änderungen mit den Stimmen

der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Vertreterin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu; die CDU-Fraktion lehnte den Nachtragshaushalt wegen der nicht erfolgten titelscharfen Zuordnung der globalen Minderausgabe ab.

Planmäßig beendete der Ausschuß seine Beratungen zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Wohnortnahe Integration in Kindertageseinrichtungen sicherstellen!“ (Drs. 11/3940) Zu diesem Thema hatte der Ausschuß vor der Sommerpause ein Informationsgespräch mit Fachleuten geführt, bei dem es um die unterschiedlichen integrativen Formen im Bereich der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen, um deren Finanzierung und um Möglichkeiten für eine zukünftige Verfahrensweise ging. Heinz Hilgers, Sprecher der SPD-Fraktion, erklärte, daß seine Fraktion das Antragsanliegen inhaltlich für berechtigt, den Text nach dem Verlauf der Beratung aber zwischenzeitlich für überholt halte. Die Vertreterin der antragstellenden Fraktion, Beate Scheffler, stimmte dieser Einschätzung zu und verwies auf einen aus diesem Grund erarbeiteten Beschlußvorschlag, der jedoch nicht mehr zur Diskussion gestellt wurde, nachdem sich die Fraktionen einvernehmlich drauf geeinigt hatten, eine gemeinsame Entschließung zu erarbeiten; der vorliegende Antrag wurde darum für erledigt erklärt.

Nachdem sich der Landtag und insbesondere der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie in den vergangenen Monaten bereits sehr intensiv mit dem Thema „Gewalt“ auseinandergesetzt hat, setzte er die Beratung auf der Grundlage eines Antrags der Fraktion der CDU zur „Gewalt in Tageseinrichtungen für Kinder“ (Drs. 11/7291) fort. Minister Müntefering erläuterte im Rahmen seiner Stellungnahme, daß die meisten Hinweise auf zunehmende Gewalt und Gewalt-

bereitschaft bei Kindern bei näherer Betrachtung durch empirische Feststellungen nicht belegt werden könnten. Er räumte ein, daß sicherlich einzelne Kinder und Jugendliche Hemmschwellen manchmal leichter überschritten, warnte jedoch davor, eine ganze Kindergeneration mit Gewalttätigkeit in Zusammenhang zu bringen. Der Kindergarten sei ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Verhältnisse und der sich daraus möglicherweise ergebenden Belastungen, mit denen Kinder aufwachsen. Gerade in dieser Situation sei der Kindergarten als familienergänzende und -unterstützende Einrichtung wichtig. Darüber hinaus biete der Kindergarten bei der Zusammenarbeit mit Eltern viele Beratungs- und Hilfsmöglichkeiten. Eine wichtige Aufgabe komme daher den Erzieherinnen und Erziehern zu, die es in ihrer Arbeit, wie es die Landesregierung bereits intensiv praktiziere, auch weiterhin zur Unterstützung gelte.

Die Vertreterin der F.D.P.-Fraktion, Ruth Witelner-Koch, hielt den Antrag aufgrund der intensiven Diskussion in den vergangenen Monaten im Prinzip für erledigt und appellierte an die antragstellende Fraktion, ihn zurückzuziehen. Unabhängig davon sei für sie jedoch eine Gesprächsrunde mit Erzieherinnen und Erziehern zu diesem Thema denkbar. Georg Gregull (CDU) hielt das Thema für zu wichtig, um den Antrag zurückzuziehen; er plädierte dafür, auf jeden Fall zu klären, ob tatsächlich Anlaß für eine begründete Sorge bestehe. Antonius Rösenberg, Sprecher der CDU-Fraktion, wandte ein, daß das Thema „Gewalt“ zwar bereits sehr intensiv diskutiert, der Bereich Kindergarten aber — auch nach Einschätzung von Erziehungskräften — dabei ausgespart worden sei. Beate Scheffler kritisierte insbesondere den „Touch“ des Antrags auf der zweiten Seite: Daß Eltern nicht genügend Zeit für Kinder hätten, ließe allzuoft an den ungünstigen

Fortsetzung Seite 14

Aufruf zur Hilfe

Der Vizepräsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt (SPD), hat von der Kindernothilfe aus Duisburg ein Schreiben erhalten, in dem diese Organisation für Anteilnahme und Gesprächsbereitschaft zum Problem des Lebens der brasilianischen Kinder auf der Straße dankt und die erbetenen Zusatzinformationen liefert. Darin heißt es unter anderem:

„Mit der Verabschiedung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes in Brasilien (ECA) im Jahre 1990 wurde eine Grundlage geschaffen, die erstmals in Brasilien die Rechte der Kinder auf Schulbesuch, Gesundheitsversorgung, Erziehung u. v. a. m. festschreibt. (...) Die Partnerorganisation der Kindernothilfe, ‚AMENCAR‘, hat ein Konzept (...) entwickelt, das das verabschiedete Kinder- und Jugendhilfegesetz umzusetzen versucht, so daß gesellschaftspolitische und sozialrechtliche Verhältnisse mit umfaßt werden. Gelingt dies nicht, bleibt auch dieses Gesetz, wie so oft in Brasilien, Makulatur und nützt den Kindern und Jugendlichen nichts.

Darum die dringende Bitte an alle Parlamentarier, darauf hinzuwirken, die Situation der Straßenkinder zu verbessern. Menschenwürde ist kein Luxusartikel, die Armut des Wissens über die Armut der Straßenkinder ist zu überwinden und diesen Kindern und Jugendlichen den lebensnotwendigen Bedarf in unserer Gesellschaft zuzuerkennen.

Möglichkeiten dazu können sich etwa bei Kontakten zu Politikern in Brasilien ergeben oder auch in Gesprächen mit deutschen Industriellen, deren Name aufgrund der getätigten Auslandsinvestitionen Gewicht hat. Eine weitere Perspektive, deren längerfristige Verfolgung lohnen könnte, läge eventuell in einer Schwerpunktsetzung in der Entwicklungszusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.

Eine konkrete Hilfsmöglichkeit ergibt sich auch mit der Unterstützung von Organisationen in Brasilien direkt oder über die Kindernothilfe. Die Konzeption des Projektes von AMENCAR liegt der Kindernothilfe vor. Die Finanzierung ist noch nicht gesichert. (...) Das Problem der Straßenkinder ist nicht ausweglos, wenn weltweit der gemeinsame Wille besteht, dem Elend an der Wurzel zu begegnen.“

Aus holländischem Obst und Gemüse werden plötzlich deutsche Produkte

Verbreiteter Etikettenschwindel bewirkt schweren Schaden für heimische Erzeuger

Bereits im Oktober 1992 hatte auf Anfrage der SPD-Fraktion Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) dem Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz über die Ergebnisse von Kontrollen des Landesamtes für Ernährung und Jagd Nordrhein-Westfalen an Erzeugergroßmärkten und beim gewerblichen Großhandel berichtet. Es wurde dargelegt, bei welchen Produkten und in welchem Umfang falsche Herkunftsangaben oder Sortenbezeichnungen im Zeitraum April bis September 1993 festgestellt wurden. Gegen elf Unternehmen waren damals Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet worden. Ferner wurden die Überwachungsbehörden angewiesen, alle in Frage kommenden Märkte und Unternehmen verstärkt zu überprüfen und Bundeslandwirtschaftsminister Borchert gebeten, die Verordnung über Qualitätsnormen für Obst und Gemüse so zu ändern, daß künftig in Rechnungen und Lieferscheinen neben der Handelsklasse auch die Herkunft obligatorisch angegeben werden muß.

In der Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz (Vorsitzender Heinrich Kruse, CDU) am 25. August berichtete Matthiesen erneut über den vorliegenden aktuellen Sachstand. Danach sei Anfang Februar dieses Jahres vom zuständigen Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd mitgeteilt worden, daß

- gegen zehn Unternehmen Bußgeldbescheide über insgesamt 196 400 Mark erlassen worden seien,
- neun Bußgeldbescheide ohne Widerspruch gezahlt worden seien und
- ein Unternehmen gegen den ergangenen Bußgeldbescheid von 41 400 Mark Widerspruch eingelegt habe, über den noch nicht entschieden sei.

Der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Früchte-Import- und Großhandels e.V. wurde schriftlich am 19. März 1994 durch Minister Matthiesen auf die besorgniserregende Entwicklung aufmerksam gemacht und gebeten, dieser Entwicklung auf allen Ebenen mit Nachdruck entgegenzutreten.

Darüber hinaus teilte Matthiesen mit, daß in der Zeit von Oktober 1993 bis März 1994 von zehn untersuchten nordrhein-westfälischen Unternehmen lediglich bei zwei Unternehmen keine Beanstandungen festgestellt wurden. Gegen acht Unternehmen seien Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet worden. Es wurde festgestellt, daß 141 000 kg Tomaten, 2,96 Millionen kg Möhren, 286 000 kg Porree und 5 000 kg Chicorée mit der Herkunft Niederlande als „deutsche“ Erzeugnisse in den Verkehr gebracht worden seien. Bei Zwiebeln seien insgesamt 10,37 Millionen kg unterschiedlicher Herkunft falsch deklariert worden.

Über den in den Monaten April bis Juli 1994 durchgeführten Kontrollen wurde berichtet, daß gegen alle vier in diesem Zeitraum schwerpunktmäßig kontrollierten Unternehmen Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet wurden; falsche Herkunftsangaben wurden bei Kartoffeln im Umfang von 530 000 kg, bei Zwiebeln im Umfang von 1,3 Millionen kg und bei Birnen im Umfang von ca. 500 000 kg festgestellt.

Die von den Kreisordnungsbehörden erbetenen Meldungen über die durchgeführten Kontrollen hatten zum Stichtag 19. April 1994 folgendes Zwischenergebnis erbracht:

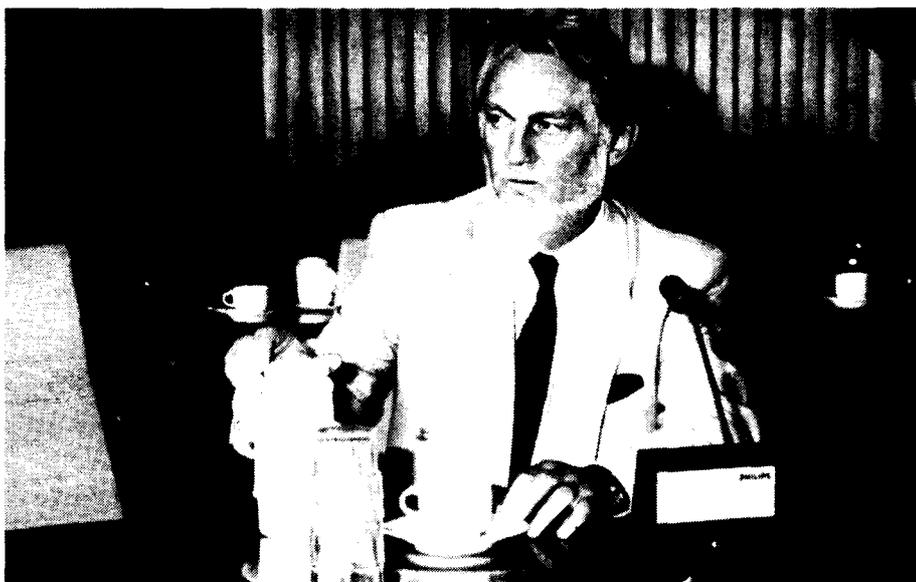
- von insgesamt 47 Kontrollbehörden meldeten 15 keine Beanstandungen,
- elf eine Beanstandungsquote unter 25 Prozent,
- elf eine Beanstandungsquote von 25–50 Prozent,
- zehn eine Beanstandungsquote von 50–100 Prozent.

Daraus werde deutlich, so Matthiesen, daß Verstöße gegen das Handelsklassengesetz nicht nur im Großhandel und auf den Großmärkten stattfänden, sondern in erheblichem und erschreckendem Umfang auch auf der Stufe des Einzelhandels und der Wochenmärkte.

Für die Landesregierung stellte der Minister fest, daß dieser Etikettenschwindel eine Täuschung des Verbrauchers sei, der von der Landesregierung nicht als Kavaliersdelikt behandelt werde. Verbrauchertäuschung sei ein Rechtsverstoß, der von den zuständigen Behörden entsprechend behandelt werden müsse. Mit diesem Etikettenschwindel werde für den heimischen Gartenbau und die heimische Landwirtschaft nachhaltiger Schaden angerichtet. Der Verbraucher wolle gesunde Nahrungsmittel, und er vertraue zunehmend auf die Qualität der Produkte aus heimischer Erzeugung. Das Vertrauen ginge aber verloren, wenn bei den Herkunftsangaben betrogen werde. Das Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd und die Kreisordnungsbehörden seien daher gebeten worden, weiter verschärft zu kontrollieren.

Bei festgestellten Ordnungswidrigkeiten müsse das Bußgeld mindestens in der Höhe des wirtschaftlichen Vorteils festgesetzt werden. Der § 17 Abs. 4 Ordnungswidrigkeitengesetz sehe sogar vor, daß die Geldbuße den wirtschaftlichen Vorteil übersteigen solle. Hierzu werden in den nächsten Tagen ein klarstellender Erlaß an die zuständigen Behörden herausgegeben.

Alle beteiligten Verbände, vor allem die Verbände des Groß- und Einzelhandels erhalten eine schriftliche Aufforderung, auf ihre Mitglieder nachhaltig einzuwirken und dem Minister Vorschläge zur Bekämpfung dieses offensichtlich weit verbreiteten Etikettenschwindels zu unterbreiten. Minister Matthiesen selbst werde Bundeslandwirtschaftsminister Borchert bitten, die obligatorischen Herkunftsangaben in Rechnungen und Lieferscheinen durchzusetzen.



Zum dritten Mal stand Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD, Bild) dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß II (Vorsitzende Maria-Theresia Opladen, CDU) Rede und Antwort. Auf der öffentlichen Sitzung am 26. August stand zu Beginn die Frage im Vordergrund, warum es vom Bekanntwerden der Meßwerte über den hohen Dioxinausstoß von zwei Sinterbändern des Krupp/Hoesch Hüttenwerks in Dortmund so lange gedauert habe, bis Fachleute sich zusammensetzten, um erste konkrete Maßnahmen zur Dioxinminderung zu erörtern und zu veranlassen. Der Minister wiederholte seine Sicht, daß die Meßergebnisse nicht ohne einen konkreten Maßnahmenkatalog veröffentlicht werden sollten, um keine Unruhe unter der Bevölkerung zu schüren und wies die Vermutung zurück, sein Ministerium habe den gesamten Vorgang zur „geheimen Kommandosache“ erklären wollen: Das Vorgehen im Fall Krupp/Hoesch habe sich „im Grundmuster“ nicht vom Vorgehen in anderen Fällen unterschieden. Als zweiter Zeuge in dieser öffentlichen Sitzung wurde der für Umweltschutz im Ministerium zuständige Staatssekretär Dr. Hans-Jürgen Baedeker vernommen.

Kindergeneration...

Fortsetzung von Seite 13

Rahmenbedingungen des Berufslebens, etwa der Arbeitszeit; dafür jedoch könne man nicht nur die Eltern verantwortlich machen. Auch der immer wieder gebrauchte Begriff „Scheidungsweisen“ und das damit verbundene Vorurteil störe sie. Bernd Flessenkemper (SPD) stellt fest, daß die Schwelle zur Gewaltanwendung sicher abgesunken sei, stellte aber in Frage, ob eine generelle Gefährdung in Kindertageseinrichtungen vorliege. Der Ausschuß verständigte sich darauf, das Thema unter Einbeziehung von Fachleuten weiter zu beraten.

In Engelskirchen und Brandenburg bekam der FCL erst in zweiter Halbzeit Luft

Das neue taktische Konzept des FC Landtag ging noch nicht auf, sondern in die Hose: Die neuformierte Vierer-Abwehrkette mit frei-floatendem Libero offenbarte so viele Lücken, daß die Altherrenmannschaft aus Engelskirchen gleich sieben Treffer landen konnte. Bereits bei Halbzeit lag der FCL mit 0:4 zurück. Die zweiten 45 Minuten konnten wenigstens ausgeglichen gestaltet werden. Der FCL streifte das ungeliebte taktische Korsett ab, stürmte munter drauflos und erzielte immerhin noch drei Tore: Zum ersten setzte sich Wolfgang Stang energisch im Strafraum durch und versenkte das Leder. Dann knallte Hans Kern einen Strafstoß so wuchtig in die Maschen, daß das Leder schon wieder im Spiel war, bevor der Engelskircher Torwart auch nur zucken konnte. Nur der legendäre Paul Janes hatte in ähnlich effektvoller Weise die Elfer verwandelt. Den dritten Treffer steuerte Jürgen Cosse bei, der eine gefühlvolle Flanke von Rainer Maedge einnickte. Zehn Treffer insgesamt; jeder einzelne prämiert durch einen sozial eingestellten Zuschauer. Zehn Mark für jedes FC Landtag. Die Gesamteinnahmen gehen an eine Behinderteneinrichtung.

Potsdamer Konter

FCL Teamchef Uwe Herder hatte umgehend auf die 3:7-Niederlage in Engelskirchen reagiert und ein dreitägiges Trainingslager in der idyllisch gelegenen Landessportschule Lindow in Brandenburg angeordnet. Das harte Training steckte den Spielern noch in den Beinen im Match gegen die Traditionsmannschaft Wissenschaft Potsdam, die, gespickt mit Europameistern und Olympioniken vergangener Zeiten, dem FCL vor allem läuferisch weit überlegen war. Hätte Hermann Hüllecremer nicht so glänzend mit tollen Reflexen und sicherem Stellungsspiel das Tor gehütet, das Debakel für den FCL wäre schon bei Halbzeit komplett gewesen. So stand es nach 45 Minuten „nur“ 0:3. Wie so oft in der Vergangenheit bekam der FCL in der zweiten Halbzeit die zweite Luft, schüttelte die Trainingsmüdigkeit aus den Gliedern und ging selbst, angetrieben durch den unermüdlichen Spielführer Hans Kraft, in die Offensive. Der FCL verkürzte durch eine feine Einzelleistung von Bernd Hallwaß, der auch den Potsdamer Torhüter austanzte, und durch einen von Rainer Maedge verwandelten Foul-Elfmeter auf 2:3. Ein Mißverständnis in der Abwehr warf den FCL jedoch wieder auf den Zwei-Tore-Rückstand zurück. Hans Zinnkann erzielte aus 18 Metern mit einem plazierten Flachschuß nochmals den Anschlußtreffer. Die Hoffnungen auf den Ausgleich jedoch machte einer der schnellen Konter der früheren Leichtathletik-Asse aus Potsdam zunichte. Mit 3:5 mußte sich der FCL geschlagen geben. Die Früchte des Trainingslagers werden erst später geerntet werden.



Hoher Orden für Wolfram Dorn

Als „Unikat“ der Politik hat Ministerpräsident Johannes Rau (SPD, rechts), den langjährigen Landtagsabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretär a. D., Wolfram Dorn (links), bezeichnet. Bei der Überreichung des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik dankte der Ministerpräsident dem F.D.P.-Abgeordneten für „drei Jahrzehnte währende Weggenossenschaft, in denen trotz unterschiedlicher Positionen immer ein Gespräch möglich gewesen ist“. Dorn sei inzwischen der einzige Landtagsabgeordnete, der sagen könne, „als Rau kam, war ich schon da“. Seit 1951 engagiert sich Wolfram Dorn politisch in und für die F.D.P. Zunächst war er im Rat der Stadt Werdohl und im Kreistag des Kreises Altena aktiv. Schon 1954 wurde Dorn erstmals in den Landtag gewählt, dem er bis 1961, und noch einmal von 1975 bis 1980 angehörte. Seit 1985 ist Wolfram Dorn erneut im Landtag. Hier kümmerte er sich vor allem um die Polizei und die Verbrechensbekämpfung, um die Finanzpolitik und den Öffentlichen Dienst, in der laufenden Legislaturperiode auch um die Kultur- und die Sportpolitik. Von 1961 bis 1972 war Wolfram Dorn Mitglied des Bundestages, wo er sich in der Innenpolitik sehr engagierte. Folgerichtig wurde er 1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern. Aber auch außerhalb der Parlamente hat sich Wolfram Dorn für die Gesellschaft eingesetzt und wurde deshalb ausgezeichnet. So gehört er dem Kuratorium der Stiftung „Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen“ an. Der Autor, Mitautor und Herausgeber zahlreicher Sachbücher und Biographien wurde 1991 auf dem ersten gesamtdeutschen Schriftstellerkongreß zum Stellvertretenden Bundesvorsitzenden des Verbandes Deutscher Schriftsteller/IG Medien gewählt und war von 1993 bis 1994 dessen Bundesvorsitzender. Auch als langjähriger Vorsitzender der Gesellschaft für Literatur in Nordrhein-Westfalen und im Gründungsrat des Instituts für Literatur in Leipzig ist Wolfram Dorn aktiv.

Rinderwahnsinn

Zum Schutz der Verbraucher vor BSE („Rinderwahnsinn“) hat der Landtag Mitte Juni die Landesregierung aufgefordert, die laut Bundesgesundheitsamt erforderlichen Maßnahmen umgehend zu beschließen und ein Einfuhrverbot von Rindfleisch oder Rindfleischprodukten aus Großbritannien nach NRW zu erlassen. In einer Kleinen Anfrage haben sich acht CDU-Abgeordnete nach dem Stand der Umsetzung erkundigt. In seiner Antwort weist Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) darauf hin, die Landesregierung könne kein generelles Importverbot für solche Produkte aus Großbritannien aussprechen, „da das Außenvertretungsrecht bei der Bundesregierung liegt und ein Alleingang der Landesregierung mit geltendem EG-Recht nicht zu vereinbaren ist“. Da auch nach Ansicht des Bundesgesundheitsministers ein solches generelles Verbot nicht durchsetzbar sei, habe man eine Verordnung erlassen, nach der Fleisch von Rindern aus Großbritannien nur noch eingeführt werden dürfe, wenn die Rinder jünger als drei Jahre seien und aus seit vier Jahren BSE-freien Beständen stammten;

dies sei amtlich zu bestätigen. Im übrigen seien privatrechtliche Vereinbarungen mit hohen Konventionalstrafenbestimmungen zwischen Lieferanten und Handel wirksamer als amtliche Kontrollen. Von solchen Vereinbarungen werde nach Kenntnis der Landesregierung inzwischen in großem Umfang Gebrauch gemacht (Drs. 11/7521).

Haushaltsausschuß...

Fortsetzung von Seite 12

Zum Anfang des nächsten Jahres sei mit 101000 Personen zu rechnen, für die das Land zahlen müsse. Die Belastung sinke ja nicht zwangsläufig durch den Rückgang neuer Asylbewerber, sondern es komme auch auf die Verweildauer der bereits Eingereisten und die Abgänge an. Zwischen 5 und 30 Prozent aller Empfänger könnten sich selbst ernähren. Auf Nachfrage des Ausschußvorsitzenden räumte das Finanzministerium ein, daß nach der Zahl der Plätze und nicht nach Köpfen abgerechnet worden sei. Rudolf Wickel (F.D.P.) unterstützte das Anliegen des Finanzministers nach verlässlichen Berechnungsgrundlagen.



Dr. Günther Crostak (links, stehend) erläutert im Beisein des Direktors beim Landtag, Heinrich A. Große-Sender (hinten, 6. v. r.) sowie des Vorsitzenden des Personalrates, Matthias Hamacher (4. v. r.) den Landtagsmitarbeitern die Fragebogenaktion. Foto: Schälte

Unternehmensberater aus Hamburg untersuchen Organisation und Struktur der Landtagsverwaltung

Der Landtag hat eine Hamburger Unternehmensberatungs-Gesellschaft beauftragt, eine Untersuchung der Organisation und Struktur der Verwaltung des Landtags Nordrhein-Westfalen durchzuführen. Das Projekt soll bis zum 27. September laufen. Anschließend erfolgt die Auswertung, zu der auch Vergleichsuntersuchungen aus fünf anderen deutschen Landesparlamenten herangezogen werden sollen.

Bei der Vorstellung des Projektes durch die KPMG Unternehmensberatung GmbH erklärte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, keine Mitarbeiterin und kein Mitarbeiter brauche sich Sorgen um seinen Arbeitsplatz zu machen. Tatsächlich soll die Untersuchung Transparenz über Aufgaben, Zusammenarbeit und Einsatz der Ressourcen vermitteln.

Vertraulichkeit

Ziel ist es, Verbesserung in den Arbeitsabläufen, in der Effizienz insgesamt, in der Zusammenarbeit für die Abgeordneten sowie in der Vermittlung von landespolitischen Beratungen und Entscheidungen nach außen in die Öffentlichkeit zu erreichen. Persönliche Leistungsbeurteilungen gehören nicht zum Konzept. Die Hamburger Beratungs GmbH will ihrem Auftrag mittels Fragebögen und ergänzenden Interviews nachkommen.

Gäste aus Sambia

Im Rahmen eines Lehreraustauschprogrammes besuchte im August eine Gruppe aus Sambia, vorwiegend Lehrkräfte sowie Pfarrerinnen und Pfarrer, das Land Nordrhein-Westfalen (Bild rechts). Harald Lehmann, Dozent am Pädagogischen Institut der Evangelischen Kirche von Westfalen, organisiert seit 1981 solche Kontakte und nahm gerne die Einladung in den Landtag an, wo der Abgeordnete Reinhold Hemker (SPD, 6. v. l.), Mitglied des Unterausschusses Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit, die afrikanischen Gäste zu einem Meinungsaustausch empfing. Der gleichzeitig anwesende Mesumer Männerchor brachte den Gästen ein Ständchen, das mit der Sambianischen Nationalhymne beantwortet wurde. Die Sänger erhielten ferner eine Einladung nach Sambia. Foto: Schälte

Vor rund 330 Beschäftigten begrüßte der Direktor beim Landtag, Heinrich A. Große-Sender, „ausdrücklich die Zusicherung der Vertraulichkeit“. Er ermunterte seine Verwaltung, „die Sache konstruktiv anzugehen“. Der Projektleiter des KPMG-Teams, Dr. Günther Crostak, forderte alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung auf, sich aktiv an der Untersuchung zu beteiligen. „Wir sind unabhängig, mit jedem von ihnen zu sprechen.“ Crostak machte deutlich, daß sein Projektteam der Schweigepflicht unterliege. Man lege sehr viel Wert auf gutachterliche Freiheit. „Wir sind unabhängig. Sie sollten diese Unabhängigkeit nutzen.“ Der Senior Manager der internationalen Beratungs-Gesellschaft schloß: „Wir werden unsere Vorschläge unabhängig und neutral definieren.“

Anstieg bei Zivilsachen in Zeiten der Rezession

Die Landesregierung hat sich gegen Vorwürfe der CDU-Fraktion gewandt, keine ausreichende Rechtspflege zu betreiben. Der Geschäftsanfall sei zwar in den letzten zehn Jahren teilweise erheblich angestiegen, für einen Vertrauensverlust der Bürger in die Justiz gebe es jedoch keinerlei Anhaltspunkte. Dies geht aus der Antwort des Justizministeriums auf die Große Anfrage der CDU-Abgeordneten Dr. Helmut Linssen, Dr. Hans-Ulrich Klose, Helmut Diegel, Dr. Rolf Hahn, Maria Theresia Opladen, Marlis Robels-Fröhlich hervor (Drs. 11/7191 und 11/5904). In die Antwort hat die Regierung eine Zwischenbilanz der von ihr in der 11. Legislaturperiode bisher geleisteten Arbeit in der Rechtspolitik integriert.

Den Anstieg bei den Zivilsachen der ordentlichen Gerichtsbarkeit in erster Instanz führt das Justizministerium auf die wirtschaftliche Situation zurück. „Zeiten der Rezession führen regelmäßig zu einer erhöhten Klagebereitschaft“, heißt es. Darüber hinaus würden die zu entscheidenden Sachverhalte komplexer, und die Vergleichsbereitschaft sinke. Um den Mehraufwand in allen Bereichen der Justiz effizienter zu gestalten, sei der gezielte Einsatz von ADV und EDV geplant. Dies könne in der Zukunft auch Grundbucheintragungen und Mahnverfahren beschleunigen.

Weiterhin bemerkt die Landesregierung, daß die Rechtsschutzversicherungen keine Prozeßflut verursachten, der Anteil der prozessierenden Versicherten liege nur um fünf bis zehn Prozent höher als der der Nicht-Versicherten.

Aussagen über etwaige Erfolge des am 1. März letzten Jahres in Kraft getretenen Rechtspflegeentlastungsgesetzes haben nach Angaben des Ministeriums zum Zeitpunkt der Antwort der Landesregierung im Mai dieses Jahres noch nicht vorgelegen. Um die Belastung der Gerichte zu reduzieren, habe die Regierung im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit den Strafrechtsausschuß der Justizministerkonferenz beauftragt, Erfahrungen und Auswirkungen des Entlastungsgesetzes auszuwerten und
Fortsetzung Seite 17



17 Landeslisten in NRW bei Wahl zum Bundestag

Für die Bundestagswahl am 16. Oktober sind in Nordrhein-Westfalen insgesamt 17 Landeslisten zugelassen worden. Das ist die bislang größte Zahl an Parteien bei einer Bundestagswahl in NRW. Der Landeswahlausschuß wies bei seiner Sitzung im Landtag die Listen der Autofahrerpartei sowie der Freien Bürgerunion zurück. Beide Parteien hatten nicht die notwendigen 2000 Unterschriften vorgelegt.

Bei der PDS strich der Wahlausschuß den Rheinhausener Pfarrer Dieter Kelp von Platz drei der Landesliste. Kelp erfülle nicht die Voraussetzungen für die Wählbarkeit, weil er noch nicht ein Jahr lang Deutscher sei, befand das Gremium. Der in Rumänien geborene Kelp hatte erst am 1. Juni 1994 die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Der evangelische Pfarrer war während der Arbeitskämpfe um den Erhalt des Krupp-Stahlwerks in Duisburg-Rheinhausen bekanntgeworden. Die PDS kündigte Beschwerde beim Bundeswahlausschuß gegen diese Entscheidung an.

Bei der Bundestagswahl kandidieren in Nordrhein-Westfalen mit Landeslisten: SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Republikaner, PDS, Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Bund Sozialistischer Arbeiter, Christliche Mitte, Deutsche Zentrumspartei, Die Grauen, Naturgesetz Partei, Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Tierschutzpartei, Ökologisch-demokratische Partei, Partei Bibeltreuer Christen, Statt Partei.

Zivilsachen...

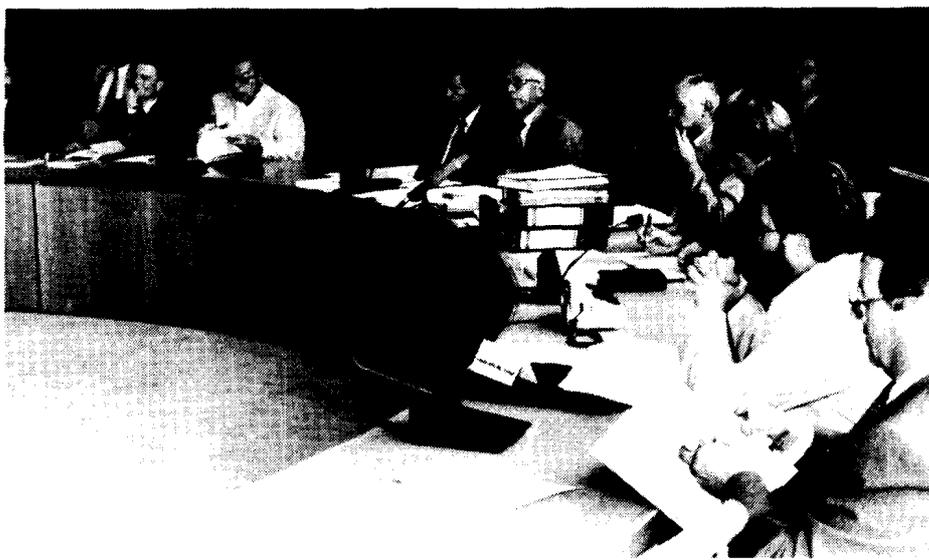
Fortsetzung von Seite 16

die Möglichkeiten einer weiteren Gesetzesinitiative zu prüfen. Die Ergebnisse würden im Herbst vorgelegt.

Die wichtigste Maßnahme zur Reduzierung der Geschäftsbelastung bei den Finanzgerichten sieht das Justizministerium in einer „durchgreifenden Vereinfachung des materiellen Steuerrechts“. Weiterhin setzt sich die Landesregierung laut Justizressort für die Abschaffung der Gerichtsferien ein, damit Termin- und Personalkapazitäten besser ausgeschöpft und die Verfahren beschleunigt werden könnten. Die Beratung des Gesetzentwurfs im Bundestag stehe indessen noch aus, wird betont.

Der Behauptung der CDU, immer mehr Bedienstete würden den Gerichten den Rücken kehren, stimmt die Landesregierung nur mit Einschränkungen zu. Allerdings räumt sie ein, Abwanderungen, z.B. in die private Wirtschaft, könnten nicht verhindert werden, „da der öffentliche Dienst nur in geringem Maße in der Lage ist, einzelnen verlockenden Finanzangeboten Gleichwertiges entgegenzusetzen“.

Auf die Frage, wie sich die Zahl der Bewährungshelfer gegenüber ihren zu betreuenden Probanden entwickelt habe, schreibt das Justizministerium, daß heute 62 Personen von einem Bewährungshelfer betreut würden. Der Richtwert sei 1:45, und somit sei die Bewährungshilfe stark überlastet. Die Überlastung ergebe sich, weil sich die Situation vieler Probanden massiv verschlechtert



Landeswahlausschuß und Fraktionsvertreter bei der Sitzung im Landtag.

Foto: Schälte



Anne Frank im Jahr 1942, im Alter von 13 Jahren.

Anne Frank und ihr Tagebuch

Die Ausstellung „Die Welt der Anne Frank 1929—1945“ ist in diesem Jahr mit großer Resonanz in 35 nordrhein-westfälischen Städten gezeigt worden. Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt der Anne Frank Stiftung Amsterdam, des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums und des Kultursekretariats NRW Gütersloh und soll zu Beginn des Jahres 1995 eine neue Rundreise durch Schulen im Lande beginnen. Das Kultursekretariat hält die Ausstellung „nach wie vor im derzeitigen Klima wachsender Ausländerfeindlichkeit“ für hoch aktuell. In einer Mitteilung heißt es, es gebe kaum ein vergleichbares Ausstellungsprojekt, das in derart ein-

habe und die damit verbundenen wirtschaftlichen, sozialen, psychischen und gesundheitlichen Folgeprobleme sowie das Fehlen von Perspektiven auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt größte Anforderungen an die Bewährungshilfe stellen.

Flughafen gibt Mehrerlöse für den Lärmschutz

Die Flughafen Düsseldorf GmbH, an der das Land sowie die Landeshauptstadt je zur Hälfte beteiligt sind, hat in den Jahren von 1987 bis 1993 aufgrund der Gebührenzuschläge für Landungen mit Strahlflugzeugen ohne Lärmzeugnis (400 Prozent Zuschlag) und mit einer Lärmzertifizierung nach Annex 16, Kapitel 2 der Vorschriften der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (250 Prozent Zuschlag) insgesamt rund 73,2 Millionen Mark Mehrerlöse getätigt. Das berichtet das nordrhein-westfälische Verkehrsministerium in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des Ratinger SPD-Abgeordneten Dr. Hans Kraft (Drs. 11/7579). Laut Ministerium wurden die Mehrerlöse für folgende Maßnahmen verwandt:

- Ankäufe von 24 unbebauten und 134 bebauten Grundstücken in Düsseldorf-Lohausen.
- Bauliche Schallschutzmaßnahmen an 3797 Wohneinheiten.
- Investitionen zum Zweck des Lärmschutzes, zum Beispiel eine Lärmschutzhalle.
- Prämien für den Einsatz von geräuscharmen Kapitel-3-Strahlflugzeugen.
- Betrieb der Fluglärmmessanlage.

dringlicher Weise das Problem von Faschismus, Rassismus und daraus geborenem individuellen Leid aufarbeite. Die Geschichte der Familie Frank, ihre verzweifelte Anstrengung, der Nazi-Verfolgung in den Niederlanden zu entgehen, ist der rote Faden. Sie steht stellvertretend für zahllose jüdische Schicksale dieser Zeit. Das Foto zeigt Anne im Alter von 13 Jahren. Zum Geburtstag hatte sie ein Tagebuch bekommen und am 14. Juni 1942 mit ihren Aufzeichnungen begonnen, die am 1. August 1944 endeten. Am 4. August des gleichen Jahres wurde das Mädchen von den Deutschen festgenommen. Anfang 1945 starb Anne Frank im KZ Bergen-Belsen an Typhus.

SPD-Fraktion

SPD-Fraktion für Einsatz nachwachsender Rohstoffe

Die EU-Agrarreform wird nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion zu einem vermehrten Anbau von Raps als nachwachsendem Rohstoff führen. Der Bedarf nach Rapsöl, z. B. als Beimischung in Dieselmotoren, steige jedoch nicht in gleichem Maße. „Wir wollen aber Marktchancen für nachwachsende Rohstoffe ausloten“, begründete Johannes Gorlas als landwirtschaftlicher Sprecher einen Antrag seiner Fraktion.

Im Antrag der SPD-Landtagsfraktion heißt es: „Der Landtag befürwortet den Einsatz nach-

wachsender Rohstoffe aus landwirtschaftlicher Produktion, wenn Wirtschaftlichkeit gegeben ist und positive Effekte für die Umwelt erzielt werden. Er bittet die Landesregierung, im Rahmen ihrer Möglichkeiten für folgendes einzutreten:

- Erlaß von Vorschriften für den Einsatz umweltverträglicher Schmier- und Treibstoffe in allen umweltsensiblen Bereichen.
- Ermittlung des Anwendungs- und Absatzpotentials für nachwachsende Rohstoffe im chemisch-technischen Bereich.
- Gespräche mit der Wirtschaft und den Kommunen über eine verstärkte Anwendung nachwachsender Rohstoffe aus heimischer landwirtschaftlicher Produktion.
- Unterstützung von Forschungs- und Untersuchungsvorhaben zu Recyclierung pflanzlicher Öle und Fette.“

★

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Land-

tagsfraktion, Manfred Hemmer, hat angekündigt, daß sich seine Fraktion für einen möglichst zügigen Abschluß der parlamentarischen Beratungen des Landesregionalisierungsgesetzes NRW einsetzen wird. Zudem werde Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung der Bundesregelungen eine Vorreiterrolle einnehmen. Denn die Finanzmittel des Bundes zur Regionalisierung des Schienen-Personen-Nahverkehrs werde das Land in vollem Umfang an die Kommunen weiterleiten. Hemmer: „Die Städte, Gemeinden und Kreise in unserem Land brauchen ausreichend Zeit, um sich auf die neue Situation einstellen zu können. Deshalb werden wir uns bemühen, möglichst schnell rechtliche Klarheit zu schaffen. Dabei wollen wir allerdings nicht die berechtigten Interessen der Beteiligten und Betroffenen übergehen. Wir werden nach Einbringung des Gesetzentwurfs im Verkehrsausschuß eine öffentliche Anhörung beantragen.“

CDU-Fraktion

NRW braucht einen Landesfamilienplan

„Die Forderung der CDU-Landtagsfraktion nach einem Landesfamilienplan ist von Verbänden und Fachleuten ausdrücklich begrüßt worden.“ Mit diesen Worten kommentierte der familienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW, Antonius Rösenberg, das Ergebnis eines Werkstattgesprächs seiner Fraktion mit Vertretern der Kirchen, der Familien-, Wohlfahrts- und Landschaftsverbände sowie mit Fachleuten

aus den Bereichen der Familienbildung, der Familienerholung und der Erziehungsberatung.

Das Expertengespräch habe nach Rösenbergs Aussage „zweierlei deutlich gemacht: Zum einen steht Landesminister Müntefering (SPD) mit seiner Kritik an unserer Forderung nach einem Familienplan allein auf weiter Flur, zum anderen gibt es viele Beispiele dafür, daß die Landesregierung entgegen der Aussage des Ministers ihre Hausaufgaben in diesem Bereich nicht gemacht hat“. Vielmehr sei nach Rösenbergs Worten „die einhellige Meinung aller Teilnehmer an der Gesprächsrunde gewesen, daß die Regierung Rau die Familien in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren vernachlässigt habe.

Als Konsequenz des Gesprächs mit den Verbandsvertretern kündigte Rösenberg einen Antrag der CDU-Landtagsfraktion mit der Forderung nach einem Landesfamilienplan für Nordrhein-Westfalen an. „Ziel unserer Initiative ist neben der Systematisierung und Koordinierung der Familienpolitik eine bessere finanzielle Hilfe für die Familien in unserem Land“, erklärte der CDU-Politiker. „Den Zeiten des Redens müssen jetzt endlich Taten folgen. Die Familien in Nordrhein-Westfalen brauchen endlich eine verlässliche, am Bedarf orientierte Förderung.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

F.D.P.-Fraktion

Liberales Potential in Nordrhein-Westfalen

Das Liberale Potential in Nordrhein-Westfalen entspricht dem einer Volkspartei. Dies ist das Ergebnis einer Marktforschungsuntersuchung der Gesellschaft für Kommunikationsforschung (GfK), die die F.D.P.-Landtagsfraktion in Auftrag gegeben hatte. Die Analyse räumt mit manchem Vorurteil gegenüber der F.D.P. auf. Danach läßt sich die F.D.P. nicht auf die Partei der Besserverdienenden verengen, auch wenn überproportional mehr Besserverdienende dem Liberalen Potential zugerech-

net werden können als dem Bevölkerungsdurchschnitt. Weit über die Hälfte hat jedoch ein Nettoeinkommen von 3000 DM und weniger.

Auch bei der Schulbildung zeigt sich, daß die Liberalen kein elitärer Club der Abiturienten und Hochschulabsolventen ist. Rund die Hälfte der potentiellen Wählerschaft der F.D.P. hat Volks- oder Hauptschulabschluß. Im Liberalen Potential finden sich überproportional Beamte, Selbständige und Freie Berufe. Dennoch kommen rund 40 Prozent aus dem Bereich der Arbeiter und Angestellten. Bei der Altersstruktur bilden die über 40jährigen mit Zweidrittel das Schwergewicht.

Interessant auch, daß die Schnittmengen mit CDU und SPD-Potential durchaus bemerkenswert sind. Aus dem Bereich der Grünen sind nur minimal Wähler zu gewinnen. Bei den

Republikanern ist überhaupt kein Sympathisant aus dem F.D.P.-Potential feststellbar.

Das F.D.P.-Potential bevorzugt eine bürgerliche Koalition, ist aber auch einer sozial-liberalen Koalition nicht abgeneigt. Für die Ampel gibt es nur wenig Verständnis. Eines wird auch wieder deutlich, so sehr sich die F.D.P.-Themen an handelnden Personen der Bundesrepublik festmachen lassen, das Hauptargument, F.D.P. zu wählen, findet sich in der Korrektivfunktion gegenüber der Übermacht großer Parteien. Dies ist eine ganz wesentliche Aufgabe der F.D.P. vor Ort, im Land und im Bund.

Fazit: F.D.P.-Wähler kommen aus allen gesellschaftlichen Gruppen, unabhängig von der Konfession, der Vermögenslage, dem Stand, dem Alter, dem Geschlecht, der Ausbildung oder dem Beruf; Liberale gibt es überall.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Garzweiler II-Wortbruch der Landesregierung

„Wortbruch“ hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Düsseldorfer Landtag der SPD-Landesregierung im Zusammenhang mit dem geplanten Braunkohlentagebau Garzweiler II vorgeworfen. In der Regierungserklärung zu Garzweiler II und in den Leitentscheidungen zur zukünftigen Braunkohlenpolitik habe die Landesregierung eine Genehmigung des Abbau-Antrages der Rheinbraun AG von „verbindlichen Investitionsentscheidungen“ für die Steigerung der Energieeffizienz der Kraftwerke

abhängig gemacht. U. a. sollte das „Kraftwerk der Zukunft“ gebaut werden, ein Kombi-Kraftwerk mit integrierter Kohledruckvergasung auf Braunkohlenbasis. Aufgrund eines Antrages der SPD-Fraktion hat der Landtag mehrheitlich diesen Vorbehalt bestätigt. SPD-Fraktionsvorsitzender Farthmann verband in einer Presseerklärung die Genehmigung von Garzweiler II mit einer 25prozentigen Kohlendioxid-Reduktion im Kraftwerkspark RWE, der Eigentümerin der Rheinbraun AG.

Doch diese Erklärungen sind, so Gerd Mai, umweltpolitischer Sprecher der grünen Fraktion, „das Papier nicht wert, auf dem sie stehen“. Die RWE Energie AG hat aus technischen und finanziellen Gründen ihre Pläne zum Bau eines KoBra-Pilotkraftwerkes im Erftkreis gestoppt. Damit würde auch der für die Jahrhundertwende geplante Bau einer KoBra-

Großanlage nicht mehr realisiert. Würde die Landesregierung zu ihren eigenen Ankündigungen stehen, müßte sie auf die Genehmigung von Garzweiler II verzichten.

Wirtschaftsminister Einert (SPD) hat jedoch statt dessen die RWE Energie AG gedrängt, bis zum Jahre 2000 zumindest den Bau eines konventionellen 900-Megawattkraftwerkes vorzusehen, ein „Braunkohlenkraftwerk mit optimierter Anlagentechnik“ (BoA). Gerd Mai: „BoA ist Alt-Technologie eines konventionellen Kondensationskraftwerks. Die angekündigten Wirkungsgradverbesserungen sind aus Gründen des Klimaschutzes nicht ausreichend. Die Alternative sind Kraft-Wärme-gekoppelte Anlagen, deren Wirkungsgrade im Vergleich zu BoA schon heute doppelt so hoch lägen. Zug um Zug müßten sie stillzuliegende alte Kraftwerksblöcke ersetzen.“

Bosnienhilfe siegte mit beim Turnier

Ein Sieg, ein Unentschieden, kein Gegentor — das ist kurzgefaßt die Bilanz des FC Landtag beim Turnier zugunsten der Bosnienhilfe auf dem Sportplatz Friedrichsberg in Wuppertal-Elberfeld. Das Tor zum 1:0 über die Elf der Bosnienhilfe erzielte Arnim Brux: Ein Traumtor aus 17 Metern durch einen harten Linksschuß, der genau im Torwinkel sein Ziel fand. Der FCL, mit einigen Leihgaben in seinen Reihen, kontrollierte sein Spiel aus einer sicheren Abwehr heraus, im Sturm wirbelten Vater und Sohn Mayer die Hintermannschaft der Bosnienhilfe gehörig durcheinander. Vor allem der junge Mayer sorgte durch seine effektvollen Dribblings und sein präzises Kombinationsspiel immer wieder für Begeisterung. Im zweiten Turnierspiel mußte sich die FCL-Abwehr gegen die starke Betriebsmannschaft BSG Mucke bewähren und einem enormen Druck standhalten. Doch Ex-Fußballprofi Wolfgang Euteneuer hielt die FCL-Viererkette zusammen, stopfte alle trotzdem auftretenden Löcher und glänzte sogar noch im Spielaufbau. Da auch Spielführer Uwe Herder einmal mehr sein Talent als Fels in der Brandung unter Beweis stellte, gab es für die Mucker kein Durchkommen und der FCL-Kasten blieb rein. Der FCL gab insgesamt eine gute Vorstellung auf dem Turnier zugunsten der Bosnienhilfe.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmut Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 8. September, um 9.15 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8842303,
8842304 und 8842545, btx: *56801#, FAX
8843022

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (GRÜNE), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Nein, 30 oder gar 40 Jahre diesen „Job“ im Düsseldorfer Parlament zu machen, wie einige Kollegen, das kann sie sich nicht vorstellen. Für Heidi Busch ist die zeitliche Begrenzung der Parlamentsarbeit nicht nur demokratisch notwendig, auch für die eigene Lebensperspektive sei es sinnvoll, ab und an einen Wechsel zu riskieren.

Für die Landtagswahl im kommenden Jahr ist sie in ihrem Kölner Wahlkreis erneut und einstimmig nominiert worden. Es wäre ihre dritte Legislaturperiode. Und wenn sie daran keinen Spaß mehr hätte, dann wäre es ihr, so sagt sie, nicht schwergefallen, darauf zu verzichten.

In die Politik ist Heidi Busch durch die Auseinandersetzung mit der Bildungspolitik Anfang der 70er gekommen. Was damals von Kultusminister Girgensohn als Fortschritt für Lehrer und Schüler verkauft worden sei, das hätte sich für die Klassen- und Schülersprecherin an einem Kölner Gymnasium in der Praxis als hohle Sprüche herausgestellt. Dieses zunächst nicht parteipolitisch motivierte Engagement mündete in der Mitgliedschaft bei der Schülerunion. Aber schon 1972 trat Heidi Busch dann in die CDU ein. Nicht eben zur Freude ihres Vaters, erinnert sie sich. Weniger weil er eine andere politische Orientierung gehabt hätte, vielmehr habe er wohl Angst gehabt, seine Tochter würde in einer so großen Organisation „untergehen“. Diese Befürchtung war völlig unbegründet, wie sich schnell herausstellte. Heidi Busch machte rasch Karriere. Zu rasch vielleicht, meint sie heute.

Sie wurde Chefin der Kölner Schülerunion und sachkundige Bürgerin im Schulausschuß. Der damalige Landtagsabgeordnete machte keinen Hehl daraus, daß er sie gern als seine Nachfolgerin sehen würde. Die Partei habe sie damals gepackt wie „eine Kralle“, sagt die 39jährige. Sie konnte schlecht „nein“ sagen, merkte aber, daß es nicht gut für sie war, bei jeder Aktion und Veranstaltung dabeizusein. Kurz entschlossen wechselte sie nach München, wo sie das inzwischen begonnene Studium — Geschichte, Theologie und Sport — fortsetzte. Nach dem Examen und einem Forschungsprojekt des bayrischen Kultusministeriums führte sie ihr Weg wieder zurück nach Köln. Weil sie nach einiger Zeit keine Lust hatte, als Lehrerin von einem Zeitvertrag auf den nächsten zu springen, um dann irgendwann möglicherweise eine feste Stelle zu bekommen, fing Heidi Busch etwas ganz anderes an. Sie arbeitete u.a. als Produktions- und Regieassistentin beim WDR und ging schließlich als Mitarbeiterin eines Abgeordneten zum Bundestag nach Bonn.

Und da hätte sie auch gern weitergearbeitet. Doch dann kam das Angebot der Kölner CDU, für den Landtag zu kandidieren. Eigentlich war es nur eine Pro-forma-Kandidatur mit einem Listenplatz, der bei normalem Gang der Dinge nicht zum Sprung ins Parlament gereicht hätte. Doch nach der Wahl 1985 fand sich Heidi Busch unversehens im Düsseldorfer Landtag wieder.

Was lag näher, als sich auch hier zunächst mit der Schulpolitik zu beschäftigen. Daneben wurde die junge Abgeordnete Mitglied in der Kommission Mensch und Technik. Dieser Bereich reizte sie besonders, weil er ein breites, aber auch für sie neues Themenspektrum abdeckte.

Aus den Erfahrungen der ersten Legislaturperiode zog die Kölnerin Konsequenzen, als sie 1990 als Nachrückerin erneut in das Parlament einzog. Nach 20 Jahren intensiver Auseinandersetzung mit der Schulpolitik sei es



Heidi Busch (CDU)

Zeit für einen Wechsel gewesen: Heidi Busch wurde stellvertretende Vorsitzende im Ausschuß für Jugend und Familie. Nicht frustriert, eher sich selbst anspornend meint sie, Jugendpolitik habe längst noch nicht den Stellenwert in der Politik, auch in den eigenen Reihen, den sie haben müßte.

Vor vier Jahren erfüllte sie sich einen Wunschtraum und kaufte einen alten Bauernhof in der Eifel. Die körperliche Anstrengung bei der umfangreichen Renovierung des Hofes sei nicht nur ein willkommener Ausgleich, hier kämen ihr oft auch Ideen für die politische Arbeit.

Ob ihr hier auch die Idee zu dem Antrag gekommen ist, bei der Errichtung von Betriebskindergärten Unternehmen und Staat gemeinsam in die Pflicht zu nehmen? Jedenfalls hatte sie das für eine Oppositionsabgeordnete seltene Erlebnis, daß ihr Vorschlag im Parlament eine Mehrheit bekam.

Auf Zusammenarbeit mit Leuten aus den anderen politischen Lagern legt sie nicht erst seitdem besonderen Wert. Diskussionen mit Andersdenkenden seien ohnehin am interessantesten, weil man sich selbst ständig in Frage stellen müsse. So war es kein Wunder, daß Heidi Busch zu den Mitinitiatoren der sog. „Werteinitiative“ gehört, in der auch Politiker aus SPD, F.D.P., Grünen und parteipolitisch ungebundenen Zeitgenossen mitarbeiten. Angestoßen durch die zunehmende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft, vor allem bei Jugendlichen, will diese Initiative aufrütteln und Diskussionen über die Vorbildfunktion der Politik und der Politiker ebenso in Gang bringen, wie Fragen stellen. Fragen etwa danach, was „wir falsch machen“ oder „was unsere Kinder fordern“.

Ihr Engagement in dieser Initiative ist auch in der CDU anfangs nicht überall auf Verständnis gestoßen. Doch die große Resonanz über Nordrhein-Westfalen hinaus beweise, daß es der richtige Weg sei, um auch mit Menschen ins Gespräch zu kommen, zu denen man im politischen Alltag sonst kaum noch Kontakt habe. Diskussionen mit Kirchen und Vereinen, Referate auf Kongressen, der Meinungsaustausch z.B. mit Erziehungswissenschaftlern — das ist etwas, was ihren Spaß an der Politik in den vergangenen Monaten noch verstärkt hat. Und wenn es mal wieder zuviel wird, dann geht's ab auf den Bauernhof, auch da hat Heidi Busch in den nächsten Jahren noch reichlich zu tun.

Ralf Kapschack

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 9. bis 13. September 1994

3. 9. **Michael Ruppert** (F.D.P.), 48 J.
13. 9. **Hartmut Schauerte** (CDU), 50 J.

★

Volkmar Schultz, stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen, sowie **Reinhold Hemker**, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag, ferner der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Hartmut Schauerte**, deren schulpolitische Sprecherin **Beatrix Philipp**, die CDU-Kulturpolitikerin und Fernsehredakteurin **Marlis Robels-Fröhlich** sowie der Rechtspolitiker der F.D.P.-Fraktion, **Heinz Lanfermann**, kandidieren bei der Bundestagswahl im kommenden Oktober für den Deutschen Bundestag.

★

Dr. Jörg Twenhöven, CDU-Landtagsabgeordneter und Oberbürgermeister der Stadt Münster, wurde als Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der CDU von Nordrhein-Westfalen wiedergewählt. Ebenfalls im Amt bestätigt wurden die Abgeordneten **Karin Hussing** (Herne) und **Hans Peter Lindlar** (Hennef) als stellvertretende Landesvorsitzende und **Hildegard Matthäus** (Oberhausen) als Beisitzerin im Landesvorstand.

★

Dr. Reiner Klimke (CDU), Landtagsabgeordneter, ist vom Internationalen Olympischen Komitee mit der IOC-Centennial-Trophy ausgezeichnet worden. Damit wurde der stellvertretende Vorsitzende des Sportausschusses als der erfolgreichste Dressurreiter aller Zeiten geehrt. Von 1960 an nahm Klimke an sieben Olympischen Spielen teil und gewann sechs Gold- und zwei Bronzemedailles. Zu erwähnen sind ferner sechs Weltmeisterschaftstitel und zehn Europameisterschaften.

★

Marianne Hürten, Landtagsabgeordnete der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, feiert ihr 25jähriges Betriebsjubiläum. 1979 begann sie eine Lehre als Chemielaborantin bei der Bayer AG in Leverkusen. Heute ist sie bei Bayer freigestelltes Mitglied des Betriebsrates — übrigens seit 1990, im gleichen Jahr wurde sie auch Mitglied des Landtages.

★

Johannes Kalenberg, Ministerialdirigent, ist mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Bei der Verleihung würdigte **Finanzminister Heinz Schleußer** Kalenbergs Verdienste um die Begrenzung des Personalkostenwachstums in NRW, zu der der Leiter des Arbeitsstabes Aufgabenkritik mit außerordentlichem Engagement und hoher Sachkenntnis beigetragen habe. Kalenberg habe dafür gesorgt, daß die in der Wirtschaft erworbenen Fachkenntnisse von Unternehmensberatern in großem Umfang auch für die Verwaltung des Landes genutzt werden konnten.

★

Dr. Klaus Töpfer (CDU), Bundesumweltminister, hat das Bethesda-Krankenhaus in Essen-Borbeck als die umweltfreundlichste Klinik in Deutschland ausgezeichnet. Der

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Einst bergischer Verwaltungssitz

Um die Mitte des 12. Jahrhunderts errichteten die Grafen von Sayn auf einem Felssporn am westlichen Eingang des Siegtales die Burg Blankenberg, die 1181 erstmals urkundlich erwähnt wurde. In unmittelbarer Verbindung damit entstand eine Siedlung, die 1245 Stadtrechte erhielt. Aus dem Herrschaftssitz Blankenberg wurde ab Mitte des 13. Jahrhunderts bis ins 17. Jahrhundert ein bergischer Verwaltungssitz. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gingen die mittelalterlichen Rechte verloren, Blankenberg wurde zur Landgemeinde und ist inzwischen Teil der Stadt Hennef. Seit 1953 heißt es in Erinnerung an einstige Freiheiten „Stadt Blankenberg“. Der historische Ortskern Stadt Blankenberg gliedert sich in Hauptburg, Vorburg, Altstadt und Neustadt. Die Neustadt, der heute noch bewohnte Teil der Gesamtanlage, umfaßt eine Fläche von rund 5,2 Hektar mit 180 Einwohnern. Sie entspricht in Umrissen, Straßenführung und Parzellierung im wesentlichen dem Urkataster von 1826. Ihre Stadtmauern sind besonders durch die Initiative des Heimat- und Verkehrsvereins weitgehend gesichert worden. Der ehemalige Haupteingang zur Stadt, der Katharinenturm, zeigt die Kennzeichen eines Umbaus um 1400. Die Stadt Hennef hat durch ein Bündel rechtlicher Maßnahmen die Entwicklung von Stadt Blankenberg gefördert. Im Jahre 1987 trat eine Denkmalbereichssatzung in Kraft. Vor allem ist man bemüht, die stark gefährdeten Reste der alten Burganlage zu sichern. Stadt Blankenberg gehört darüber hinaus zum Programm „Historische Ortskerne in Nordrhein-Westfalen“, mit dem das Land „kleine städtebauliche Schmuckstücke“, so der zuständige Stadtentwicklungsminister Franz-Josef Kniola, erhalten will.

Minister überreichte den mit 20 000 Mark dotierten Bayer-Pharma-Umweltpreis. Die Bethesda-Klinik betreibt seit 20 Jahren intensiv Umweltschutz. In ihr fällt pro Patient nur halb soviel Müll an wie in anderen deutschen Krankenhäusern.

★

Professor A. Wilhelm Klein, Wirtschaftsexperte und Förderer der Fachhochschule

Köln, ist mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet worden. **Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) würdigte bei der Überreichung des Ordens die bedeutenden Impulse, die von Klein für die Stadt Köln ausgegangen seien und unterstrich seine Verdienste um die Kölner Hochschullandschaft.